

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

346

Wien, am 2. November 1931.

Eine Ehrennische für Rudolf Goldscheid in der Urnenhalle des Wiener Krematoriums.

In seiner letzten Sitzung hat der zuständige Gemeinderatsausschuss beschlossen, zur Bestattung der Aschenreste des am 6. Oktober verstorbenen berühmten Soziologen Rudolf Goldscheid eine Wandnische an der Innenseite der Arkaden im Wiener Krematorium ehrenhalber zu widmen. Die Widmung erfolgte in Würdigung der wissenschaftlichen Leistungen des verstorbenen Gelehrten. Rudolf Goldscheid war bekanntlich in Wien mit grossem Erfolg auf dem Gebiete der Soziologie und Nationalökonomie tätig. Er war auch Mitbegründer und Vorsitzender der Soziologischen Gesellschaft in Wien und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung werden in der nächsten Zeit in der Inneren Stadt der Zentralfischmarkt bei der Salztorbrücke, in der Leopoldstadt die Pazmanitengasse, auf der Landstrasse die Vordere Zollamtsstrasse, Stelzhammerstrasse, Henslergasse, Marxergasse und die Marxenbrücke, in Mariahilf der noch nicht elektrisch beleuchtete Teil der Mellardgasse und die Parkanlage auf dem Sechshausergürtel, in Favoriten die Strassen um den städtischen Wohnhausbau 'Am Laaenberg' und in Simmering der Weichseltalweg öffentliche elektrische Beleuchtung erhalten. Die Aufträge für die notwendigen Installationsarbeiten sind von den zuständigen Instanzen bereits vergeben worden.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten.

Die Bezirksvertretung Margareten hält am Montag, den 9. November, um 17 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

Gebühren für die Vieh- und Fleischschau.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch ist für die Zeit vom 1. bis 30. November 1931 mit 1'30 Schilling festgesetzt worden. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffsstation ein- oder ausgeladen werden.

Neuaufstellungen im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das als Forschungs- und Volksbildungsinstitut immer bemüht ist, aktuell zu sein, hat alle Abteilungen mit einer Reihe neuer Objekte ausgestattet. Es sind die Bildertafeln über die Weltwirtschaftskrise zu sehen, die auf dem Weltwirtschaftskongress in Amsterdam grosses Interesse erregten, ausserdem neue Bildstatistiken, neue Photographien und neue Modelle, die auf der internationalen Bauausstellung in Berlin über Wiens Wohnbau, Bäder, und soziale Einrichtungen, über den neuen Schulbau in Kagran und das Stadion Aufklärung gaben. Die wertvolle weltwirtschaftliche Sammlung "Mundanaum" schliesst den Raum ab. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum ist Sonntag von 9-13 Uhr, Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr geöffnet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

348

Wien, am 3. November 1931.

Ausserordentlicher Rückgang des Bierverbrauches.

Als unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise ist in Wien seit Jahresbeginn ein fortgesetztes starkes Sinken des Bierverbrauches zu verzeichnen. Es liegen beim Magistrat nunmehr die Daten für die ersten neun Monate des heurigen Jahres vor. Sie zeigen einen Konsum von 1,079.462 Hektolitern gegenüber 1,303.496 Hektolitern im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Es ist dies im Durchschnitt eine Verminderung um 17 Prozent. Besonders ungünstig ist aber das Bild des Monats September. Während im September 1930 ein Verbrauch von 139.547 Hektolitern ausgewiesen war, ist er heuer auf 94.531 Hektoliter gesunken. Das entspricht einem Rückgang um volle 31 Prozent. Für die Gemeinde ist diese Erscheinung mit sehr erheblichen finanziellen Einbussen verbunden. Die Biersteuer wurde im Ausmasse von 6 Schilling für den Hektoliter zu dem Zwecke eingeführt, eine Deckung für die Beiträge Wiens zu den Notstandsauhilfen und zur Altersfürsorge zu bilden. Von einer Deckung kann nun keine Rede sein. Der bisherige Steuerertrag des laufenden Jahres macht 6,436.896 Schilling aus, während die erwähnten Beträge sich auf 11,388.956 Schilling belaufen. Es ergibt sich also ein Abgang von 4,952.060 Schilling. Der zweite Teil der Biersteuer von 3 Schilling 80 Groschen für den Hektoliter muss bekanntlich als Härteausgleich den anderen Ländern und Gemeinden abgeliefert werden. Die wahre Härte besteht darin, dass Wien nicht nur den vollen Ertrag dieser Bierauflage herzugeben hat, sondern noch verpflichtet wurde, eine Mindestsumme von 541.667 Schilling monatlich zu verbürgen. Daraus ergibt sich der geradezu beispiellose Zustand, dass 4,875.003 Schilling an die Länder und Gemeinden abgeliefert worden sind, während dieser Teil der Biersteuer bloss 4,081.363 Schilling einbrachte. Nicht weniger als 793.639 Schilling mussten daher noch anderen Steuererträgnissen entnommen werden, was ein auf die Dauer vollkommen unerträglicher Zustand ist.

Der Strassenbahnverkehr am 1. November.

Das schöne Wetter am Sonntag, den 1. November (Allerheiligen), brachte den Strassenbahnen einen Riesenverkehr. Es sind vor- und nachmittags einige Stunden hindurch 176 Züge mit 512 Wagen in der Stunde geführt worden, die rund 30.000 Personen in der Stunde beförderten. Das ist eine Höchstleistung, wie sie alljährlich nur zu Allerheiligen zu verzeichnen ist. Auch der gestrige Tag (Allerseelentag) brachte einen sehr starken Verkehr vom und zum Zentralfriedhof.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 4., 11., 18. und 25. November im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen jeweils um 10 Uhr 30 vormittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

349

Wien, am 4. November 1931.

Eine Noldin-Gasse in Floridsdorf.

Die Gasse, die in nordsüdlicher Richtung die Wintzingerasse mit dem Kagraner Anger verbindet, wird nach einem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten nach dem Vorkämpfer des Deutschtums in Südtirol Dr. Josef Noldin "Noldin-Gasse" benannt. Die Erläuterungstafel wird folgenden Wortlaut haben: "Dr. Josef Noldin (1888-1929), Rechtsanwalt, Vorkämpfer des Deutschtums in Südtirol".

*

Dr. Josef Noldin wurde am 25. November 1888 in Salurn geboren. Nach Absolvierung seiner Studien er wurde im Jahre 1912 an der Universität in Innsbruck zum Doktor beider Rechte promoviert - widmete er sich der Rechtsanwaltschaft. Während des Krieges stand Dr. Noldin im Felde; er geriet in russische Gefangenschaft, aus der er im Jahre 1920 in die Heimat zurückkehrte. 1922 eröffnete Dr. Noldin in seiner Vaterstadt seine Rechtsanwaltskanzlei; er ist in der Folgezeit vor allem als Verteidiger der Deutschen Südtirols in politischen Prozessen hervorgetreten. Viel Mühe wandte Dr. Noldin auch für die Einrichtung des Privatunterrichtes in der deutschen Muttersprache auf. Im Jahre 1925 wurde er verhaftet, nach längerer Haft jedoch wieder freigelassen. Im Jahre 1927 folgte eine neuerliche Verhaftung und schliesslich eine Verurteilung zu 5 Jahren Zwangsaufenthalt auf der Insel Lipari; ein Rekurs wurde zurückgewiesen. Nach einer Herabsetzung der fünfjährigen Verbannung auf 2 Jahre kehrte Dr. Noldin im Dezember des Jahres 1928 nach Salurn zurück. Er durfte jedoch seine Tätigkeit als Rechtsanwalt nicht mehr aufnehmen; auch die Ausreise wurde ihm verweigert. Am 16. Dezember 1929 starb Dr. Noldin in Bozen; seine Leiche ist in Salurn beerdigt.

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering.

Morgen, Donnerstag, um 17 Uhr 30 tritt die Bezirksvertretung Simmering zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Ein neuer Kurs an der Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 16. November ein Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum, der 6 Wochen dauern wird. Der Kurs wird an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 16 bis 18 Uhr in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, stattfinden. Auskünfte und Anmeldungen bei der Schulleitung, Telefon B 24.4.19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

350

KARL HONAY

Wien, am 5. November 1931.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt um 6 Uhr nachmittags der Gemeinderat der Stadt Wien zu einer Sitzung zusammen.

Die Oberstufe der Sonderschule für verkrüppelte Kinder wird Hauptschule.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung einem Antrag des Stadtschulrates für Wien, die Oberstufe der Sonderschule für verkrüppelte Kinder, Rudolfshaus, Kauergasse 5, vom Beginn des laufenden Schuljahres als Hauptschule mit 4 Klassen zu führen, zugestimmt. Bisher war der Unterricht an der Sonderschule für verkrüppelte schulpflichtige Kinder achtstufig organisiert. Der Unterricht in der Schule, die von Kindern vom 6. bis zum 14. Lebensjahr besucht wird, wurde bisher probeweise nach den Lehrplänen der Normalschule, also in der Unterstufe nach dem Lehrplan für allgemeine Volksschulen und in der Oberstufe nach dem Lehrplan für Hauptschulen mit Zusätzen für handgeschädigte Kinder erteilt. Durch zweijährige Erprobung ist nun erwiesen, dass ein solcher der Normalschule angeglicher Unterricht auch bei den verkrüppelten Kindern möglich ist. Von nun an wird die Oberstufe der Sonderschule für verkrüppelte schulpflichtige Kinder als Hauptschule geführt werden. Die Schüler der Sonderschule werden daher nach Absolvierung der Oberstufe ein Hauptschulzeugnis erhalten.

Strassen- und Kanalbauten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung wieder eine Reihe von Strassen- und Kanalbauten beschlossen und die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Arbeiten bereits vergeben. So wird in der Leopoldstadt eine Seitenfahrbahn der Engerthstrasse Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage erhalten; gleichzeitig wird die Fahrbahn der Sturgasse ausgebessert. In der Vorgartenstrasse und einer noch unbenannten Gasse werden beschotterte Fahrbahnen hergestellt. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 170.000 Schilling. Die Siebenbrunnengasse in Margareten, die im Vorjahr bis nahezu zur Oberen Amtshausgasse Asphaltbetonbelag erhalten hatte, wird nunmehr bis zur Embelgasse eine neue Fahrbahn aus Asphaltbeton bekommen. Das Plateau bei der Embelgasse erhält Kleinsteinpflaster. Die Fahrbahn wird 7'5 Meter, jeder der beiden Gehsteige 3'48 Meter und die Baumscheiben je 2'25 Meter breit sein. Insgesamt werden für diese Arbeiten 35.000 Schilling Kosten aufgewendet. Schliesslich werden in Ottakring in der Arltgasse und in der Thalheimergasse in der Strecke von der Herbststrasse bis zur Gablenzgasse neue Hauptunratskanäle gebaut. Die insgesamt 245 Meter langen neuen Betonkanäle werden mit Sohlenschalen- und Wandplattenverkleidung ausgestattet sein. Für diese Arbeiten werden rund 34.000 Schilling aufgewendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 5. November 1931.

Strassenregulierung auf den Gründen des alten Naschmarktes.

Auf den Gründen des alten Naschmarktes wird derzeit ein Bürohaus der Firma A. Porr errichtet, das nahe vor der Vollendung steht. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat darum in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, längs des neuen Gebäudes die Strassenregulierung im Zuge der verlängerten Operngasse und der Resselgasse durchzuführen und eine Verbindung mit dem alten Pflasterbestande der Resselgasse nächst der Wiedner Hauptstrasse zu schaffen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 16.000 Schilling.

Aktion "Winterhilfe".

Ausgestaltung der Propaganda.

Die Geschäftsstelle der "Winterhilfe" wird in den nächsten Tagen mit Unterstützung des Zentralverbandes der Lebensmittelhändler und des Detaillisten-Verbandes in zahlreichen Geschäftslokalen Sammelbüchsen aufstellen. Ein Teil dieser Büchsen wird in entgegenkommender Weise von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und von der Ersten österreichischen Sparkasse kostenlos zur Verfügung gestellt.

Jeder Tag liefert neue Beweise der ausserordentlichen Hilfsbereitschaft weiter Kreise der Wiener Bevölkerung. So sind unter anderem von der Firma "Kleiderhahn", Sparkassaplatz 6, hundert Meterzentner Kohle zur Verfügung gestellt worden. Die Milchindustrie A.G., die Niederösterreichische Molkerei, die Wiener Molkerei und die Alpenmilch-Zentrale haben sich bereit erklärt, der Aktion je 250 Liter, also insgesamt 1000 Liter frische Vollmilch in Kannen in der Zeit vom 15. November bis Ende Februar täglich in ihren Filialen in Wien kostenlos zu überlassen. Direktor Siegfried Lemberger vom "Schönbrunner-Kino", Hadikgasse 62, erklärte sich bereit, jeden Monat einmal ausserhalb der normalen Spielzeit das Kino samt Film und Personal kostenlos zur Verfügung zu stellen, wobei das Reinertragnis gänzlich der "Winterhilfe" zufließen soll. An Geldspenden sind unter anderem eingelangt: Bundesministerium für soziale Verwaltung 19.800 Schilling; Sanitätsgeschäft "Austria" 500 Schilling; J. Herzl, Juwelier, 400 Schilling; Dr. Rudolf Sieghart 1000 Schilling; Betriebsrat der Versicherungskasse für Industrieangestellte 303 Schilling 50 Groschen.

Ein neuer Diätkurs an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnt am 17. November ein dreiwöchiger Diätkochkurs. Die Kursabende werden zweimal wöchentlich stattfinden. Auskunft und Anmeldung bei der Schulleitung, Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

351

Erste Ausgabe.

KARL HONAY

Wien, am 6. November 1931.

Die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien.

Fast in allen Kulturstaaten der Welt haben Bestrebungen eingesetzt, die Krebskrankheit mit allen Mitteln der medizinischen Wissenschaft zu bekämpfen. Als Zentren für diesen Kampf galten bisher Stockholm, Paris, Brüssel und London. Die Erfahrungen, die im Laufe des letzten Jahrzehntes gemacht wurden, erwiesen deutlich und klar den hohen Wert, den die Radiumbestrahlung allein und in Kombination mit Röntgenbestrahlung und chirurgischen Eingriffen für die Behandlung und Heilung der Krebskrankheit besitzt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Krebstherapie ist freilich die möglichst frühzeitige Stellung der Diagnose und die ständige Nachkontrolle der behandelten Kranken.

Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Krebstherapie bewogen den amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Professor Dr. Julius Tandler, schon vor Jahren diesem Gebiete der medizinischen Wissenschaft sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Auf seinen Antrag hat der Gemeinderat der Stadt Wien heuer beschlossen, Radium das bisher in Wien nur in unzulänglicher Menge zur Krankenbehandlung zur Verfügung stand, anzukaufen und ein eigenes Institut für Strahlentherapie, insbesondere zur Bekämpfung bösartiger Geschwülste, zu errichten. Auf Grund dieses Gemeinderatsbeschlusses wurden 5.000 Milligramm Radium in Brüssel angekauft und das durch den Neubau des Tuberkulosepavillons im Krankenhaus der Stadt Wien freigewordene Gebäude umgebaut und als Zentrale der Krebsbekämpfung für Wien eingerichtet. Der Aufgabenkreis der neuen Abteilung soll sich auf die Erstellung der Frühdiagnose, auf die Behandlung und auf die Evidenzführung und Nachkontrolle der Krebskranken erstrecken.

Um für die Errichtung und die Organisation des neuzuschaffen den Institutes die letzten Errungenschaften auf dem Gebiete der Krebsforschung und Krebsbekämpfung kennenzulernen, unternahm Professor Dr. Tandler mit Primararzt Dozent Dr. Schönbauer im Laufe des letzten Jahres Studienreisen nach Stockholm, Paris und Brüssel.

Die neue Abteilung für Strahlentherapie, die als nichtöffentliche Sonderabteilung des Krankenhauses der Stadt Wien geführt wird, umfasst eine Krankenabteilung mit einem Belagraum von mehr als 80 Betten. Mindestens 70 Prozent dieser Betten sind für Unbemittelte vorbehalten. Ausserdem enthält die Sonderabteilung ein Institut für Strahlentherapie und die notwendigen wissenschaftlichen Laboratorien.

Das Institut für Strahlentherapie umfasst einen grossen Radiumtherapiesaal, Räume für chirurgische Behandlung, ein Ambulatorium, eine Kartothek, die für die Evidenzhaltung aller behandelten Kranken bestimmt ist, und ein photographisches Atelier. Der Radiumtherapiesaal ist durch Hohlziegelwände und Holzwände in mehrere Teile geteilt. Er enthält eine allseits durch Hohlziegelwände abgeschlossene Kabine für den Fernbestrahlungsapparat, Radiumkanone genannt, die notwendigen Behandlungsräume und einen der Aufbewahrung des Radiums dienenden grossen strahlensicheren Tresor. Die Kabine für die Radiumkanone und der Tresor sind von den Behandlungszellen durch eine Luftschleuse getrennt. Schiebetüren aus 6 Zentimeter dickem Blei ermöglichen den Eintritt. Die Kabine für die Radiumkanone kann vom Schleusenraum aus durch ein Bleiglasfenster überblickt werden.

Die Radiumkanone ist mit 3.000 Milligramm Radium beschickt; 1.500 Milligramm Radium sind auf Tuben, Flachträger und Nadeln verteilt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 6. November 1931.

Sie werden teils in Wachsmoulagen gebettet, um auf den kranken Körperteil aufgelegt zu werden, teils dienen sie zur Spickung der Geschwülste. Diese Art der Verteilung des Radiums gestattet die Behandlung der Kranken mit grösseren Radiummengen, wie sie vor allem durch Forsell in Stockholm geübt wird, aber auch eine langdauernde Behandlung mit geringeren Radiummengen, eine Methode, die vor allem von der Pariser Schule, bekannt durch Regaud, angewendet wird. Die Fernbestrahlung mit grossen Radiummengen kommt zur Anwendung, wenn eine Tiefenwirkung erzielt werden soll, während die Regaudsche Methode hauptsächlich dort angewendet wird, wo eine mehr oberflächliche Wirkung erwünscht ist.

500 Milligramm Radium wurden in Bromidform angekauft, um Radiumemanation im Institute herstellen zu können.

Ein grosser Elektrokoagulator neuesten Systems ergänzt die medizinische Einrichtung und dient zur Verschorfung und unblutigen Operation von Geschwülsten.

Bei gewissen Geschwülsten ergibt sich die Notwendigkeit der Behandlung mit Röntgenstrahlen, entweder allein oder in Kombination mit der Radiumbestrahlung. Der Erfolg der chirurgischen Behandlung einer Geschwulst kann nämlich durch Bestrahlungen vor oder nach der Operation wesentlich verbessert werden; neben der Radiumbestrahlung kommt dabei die Röntgenbestrahlung in Betracht.

Zur Erzeugung der notwendigen Röntgenstrahlen sind Hochspannungstransformatoren notwendig, die es ermöglichen, den vom Elektrizitätswerk gelieferten Strom von 220 Volt auf 180.000 Volt und höher zu transformieren. Da so hohe Spannungen sehr gefährlich werden können, war man bemüht, die Hochspannungsleitungen und die Röhren selbst vollkommen sicher zu isolieren; sie wurden daher verlegt und nach unten abgeschützt. Ausserdem wurden Röhren und Hochspannungsleitungen mit einer hochspannungssicheren Hülle umgeben, die geerdet ist. Eine derartige Ausführung der Anlage ergibt einen unbedingten Schutz gegen die Gefährdung durch Hochspannung. Dieser Schutz gelangte bei den neuen Röntgentherapieapparaten des Institutes zum erstenmal zur Anwendung. Die Apparate selbst sind im Kellergeschoss untergebracht, während der Schaltraum mit dem Schalttisch und von diesem strahlensicher getrennt der eigentliche Behandlungsraum mit den Lagerungsgeräten und dem Röhrenstativ sich im Obergeschoss des Institutes befinden. Die zur Röntgentherapie verwendeten Röhren sind durchwegs mit Strahlenschutz einrichtung ausgestattet. Die Beobachtung des Kranken durch Arzt und Schwester geschieht durch Bleiglasfenster, die auch den Ausblick auf die Röhren und Messinstrumente gestatten. Ein automatischer Spannungsregler, der der Apparatur beigegeben ist, verhindert Ueber- und Unterdosierung durch Spannungsschwankungen im Stromnetz. Die neue Einrichtung ermöglicht eine durch Tage und Wochen fortgesetzte, nach einem im Voraus genau bestimmten Plan geregelte Bestrahlung des Kranken. Diese neue Therapiestation des Röntgeninstitutes in Verbindung mit der Radiumbestrahlung berechtigt zu der Hoffnung, bei allen Erkrankungen, die durch Röntgenstrahlen beeinflussbar sind, weitere Fortschritte in der Strahlentherapie zu erzielen.

Um die Erfolge der Behandlung festzuhalten, ist die photographische Aufnahme des Kranken in den verschiedenen Stadien der Behandlung notwendig; ein ^{eigenes} photographisches Atelier dient diesem Zwecke.

Das mit allen modernen Instrumenten und Apparaten ausgestattete physikalische Laboratorium ermöglicht es, den Gehalt der Radium-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 6. November 1931.

träger - das Institut verfügt über etwa 400 Präparate - fortlaufend zu messen. Vor allem kann aber auch festgestellt werden, ob nicht durch eine Beschädigung Radium verlorengegangen ist oder ob das Radium in den einzelnen Präparaten richtig gelagert ist. Das Laboratorium hat auch die Aufgabe, die Intensität der Bestrahlung der verschiedenen Partien des kranken und gesunden Gewebes zu bestimmen..

Die Frühdiagnose der Geschwulst wird hauptsächlich durch histologische, serologische, zytologische und chemische Reaktionen erstellt. Die im Institute vorhandenen Laboratorien sind so eingerichtet, dass alle in Betracht kommenden Reaktionen ausgeführt werden können.

Zur Evidenzhaltung der behandelten Kranken wird eine moderne Kartothek geschaffen. Kranke, die an dem bestimmten Termin nicht zur Nachuntersuchung erscheinen, werden auf Grund der Evidenzführung in der Kartothek erinnert, sich in ihrem Interesse zur Nachuntersuchung zeitgerecht einzufinden. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass das neue Institut dank seiner Einrichtungen, seiner Organisation und seiner ärztlichen Führung sich zu einer Zentrale der Krebsbekämpfung in Mitteleuropa entwickeln wird.

Heute, Freitag, besichtigten Vertreter der Wiener und ausländischen Presse unter der Führung des amtsführenden Stadtrates, Professor Dr. Tandler, die neue Sonderabteilung für Strahlentherapie. Professor Dr. Tandler erklärte den Pressevertretern Einrichtung und Organisation der neuen Sonderabteilung; über den fürsorgerischen Gedanken, der der Krebsbekämpfung in der neuen Sonderabteilung zugrundeliegt, führte Professor Dr. Tandler insbesondere aus:

Zu dem medizinisch-technischen Apparat, der durch das Institut für Strahlenbehandlung geschaffen wurde, kommt natürlich der fürsorgerische hinzu; heutzutage ist Wohlfahrtspflege eben mehr, als die Behandlung des einzelnen Falles, der mit seiner Besserung oder Heilung wohl dem Arzt entschwindet, aber der Krankenfürsorge noch lange bedarf. Wir wissen, dass bei der Bekämpfung der Tuberkulose die Errichtung von Heilstätten und Spitälern allein nicht genügt, sondern für die Geschlossenheit der Front Tuberkulosefürsorge unbedingt notwendig ist. Ein ähnliches Verfahren soll nun auch im systematischen Kampf gegen den Krebs eingeschlagen werden. Die Frühdiagnose der Tuberkulose war Voraussetzung für die in den letzten Jahren mit so grossem Erfolg geübte Bekämpfung dieser Krankheit. Genau so muss es beim Carcinom sein. Die verschiedenen Forscher mögen, was Ursache und Bekämpfungsart des Carcinoms anlangt, verschiedener Meinung sei, alle sind aber darin ^{einig}, dass die Frühdiagnose des Carcinoms die unumgängliche Voraussetzung jeder Art der Behandlung ist. Daher errichtet die Gemeinde Wien eine Beratungsstelle für alle jene Menschen, die aus irgendeinem Grunde sich selbst als carcinomverdächtig erachten. Die die Beratung durchführenden Aerzte sollen nicht untersuchen, sie sollen auch nicht behandeln, sondern den Ratsuchenden an jene Stellen weisen, die durch kunstgerechte Untersuchung eine Frühdiagnose fördern können. Die Beratungsstelle ist kein Konkurrenzinstitut irgendeiner ärztlichen Institution oder gar der Aerzte in der Privatpraxis. Regelmässige Untersuchung des Gesundheitszustandes der Menschen würde sicher eine Reihe von bösartigen Geschwülsten in den frühzeitigen Stadien enthüllen, doch ist dieses Verfahren bis zum heutigen Tage wegen seiner Kostspieligkeit und seiner organisatorischen Schwierigkeiten nicht allgemein durchführbar. Die Lebensversicherungsanstalten haben ein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 6. November 1931.

lebhaftes Interesse daran, die bei ihnen Versicherten einer Frühdiagnose zuzuführen; darum hat auch die Versicherungsanstalt der Stadt Wien mit dem Strahleninstitut einen Vertrag^{ab-}geschlossen, der die bei dieser Lebensversicherungsanstalt versicherten Personen unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, sich einer genauen allgemeinen Untersuchung auf Carcinom in dem Untersuchungsinstitut des Strahleninstitutes zu unterziehen. Aber auch der einmal Behandelte soll aus der Wohlfahrtspflege nicht verschwinden, sondern in steter Fürsorge bleiben. Daher ist mit dem Strahleninstitut auch eine Carcinomfürsorge verbunden, deren Aufgabe es ist, die einmal Behandelten weiter in Evidenz zu halten, sie zu beraten, sie rechtzeitig zur Kontrolle zu schicken und sich in jeder Beziehung ihrer anzunehmen. Alle drei Arten der Hilfseinrichtungen, Beratungsstelle, Untersuchungsstelle und Fürsorgestelle, sollen nicht nur den Patienten des Strahleninstitutes zur Verfügung stehen, sondern allen, gleichgültig, wo sie untersucht oder behandelt worden sind. Nur auf dem Wege wirklicher, ~~red-~~redlicher Zusammenarbeit kann es uns gelingen, den furchtbaren Feind, das Carcinom, mit Erfolg anzugreifen und zu besiegen.

Von allem Anfang an war es uns klar, dass die Errichtung eines Strahleninstitutes nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn die bereits existierenden Einrichtungen anderer Länder zum Muster genommen werden können. Begeistert von dem hohen Ziele der Carcinombekämpfung und getragen von dem Gedanken edelster Hilfsbereitschaft haben die Herren Professor Dr. Forsell, Stockholm, und Prof. Regaud, Paris, uns durch ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Radiologie bei der Errichtung der Radiumabteilung des Strahleninstitutes ganz besondere Dienste geleistet, Ebenso waren die Anregungen und die Erfahrungen auf dem Gebiete der Röntgenbehandlung des Carcinoms, wie sie uns Professor Holthusen, Hamburg, und Professor Hohlfelder, Frankfurt am Main, vermittelt, von einschneidender Bedeutung. Ich möchte allen diesen Herren an dieser Stelle meinen ergebensten Dank ausdrücken. Sie haben die alte Forderung nach der internationalen Solidarität der hilfsbereiten Menschen in der glänzendsten Weise erfüllt.

*

Die neue Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien wird morgen, Samstag, durch Bürgermeister Scitz feierlich eröffnet werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

352

KARL HONAY

II. Ausgabe.

Wien, am 6. November 1931.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 6. November 1931 .

Vizebürgermeister Hoss eröffnet die Sitzung um 18 Uhr 15.

Ohne Debatte werden angenommen die Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für das Gebiet zwischen der Simmeringer Hauptstrasse, der geplanten VII. Erweiterung des Zentralfriedhofes, der Thürlhofstrasse, der Kaiser Ebersdorferstrasse und der Mühlisängergasse im XI. Bezirk, für ein Gebiet im XIII. und XVI. sowie im XXI. Bezirk, ferner ein Antrag auf Kürzung der Bezüge der Abteilungsärzte der Wiener städtischen Krankenanstalten und der Anstaltsärzte der übrigen städtischen Wohnfahrtsanstalten um je 5 vom Hundert, der Aspiranten um je 4 vom Hundert, ferner ein Antrag auf Verminderung der Sonderzahlungen an die aktiven Angestellten der städtischen Feuerwehr und die Pensionsparteien aus dieser Gruppe um je 25 vom Hundert. Ferner der Bau von Hauptunrathkanälen im XVI. Bezirk.

GR. Bermann referiert über die Festsetzung von Industriegebieten an der Simmeringer Hauptstrasse und Grillgasse und über die Auflassung der geplanten Fortsetzungen der Sedlitzkygasse. Es handelt sich um eine dringliche Angelegenheit, die im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt und er bitte deshalb um Entschuldigung, dass erst in der heutigen Gemeinderatssitzung die Pläne zu diesem Gegenstand vorgelegt worden sind, eine frühere Ausarbeitung der Pläne hätte eine wochenlange Verzögerung in der Erledigung der Angelegenheit zur Folge gehabt.

St. R. Kunschak (E. L.) bemerkt, in der Sache selbst erhebe er keine Einwendung. Dass zu den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkten keine Pläne vorgelegt worden sind, habe der Referent zu entschuldigen versucht, er nehme diese Rechtfertigung zur Kenntnis und gebe nur der Hoffnung Ausdruck, dass in Zukunft derartige Pläne rechtzeitig vorgelegt werden. Bei diesem Anlasse soll aber festgestellt werden, dass im allgemeinen die Tendenz zu beobachten ist, dem Wiener Gemeinderat auszuschalten oder ihm in seinen Befugnissen einzuengen, wo dazu nur die Möglichkeit gegeben ist. Die neue Verfassung bringt es mit sich, dass eine Unzahl auch sehr interessanter Referate heute den Gemeinderat nicht mehr durchläuft und man wird das Gefühl nicht los, dass man sich unter Umständen auch durch Konstruktionskunststücke hilft, um die Kompetenz des Gemeinderates auszuschalten. Dass solche Konstruktionskunststücke gemacht werden müssen, zeigt die Tatsache, dass heute seit den Ferien erst die zweite Sitzung des Wiener Gemeinderates abgehalten wird und dass auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung so gut wie gar nichts steht. Der Gemeinderat von Plunzendorf dürfte mit Gemeindefragen mehr beschäftigt sein als der Wiener Gemeinderat, man gern das Wiener Stadtparlament nennt. Man muss fragen, ob es für die Mühe das Geld und den Zeitaufwand steht, eine solche Sitzung mit fast keiner Tagesordnung überhaupt einzuberufen. Es kommen 120 Gemeinderäte, ein ganzer Staat von Beamten und Journalisten zusammen, fast nur um sich gegenseitig zu begrüßen. St. R. Kunschak ersucht am Schlusse seiner Rede noch einmal, sorgzusorgen, dass die Pläne zu den einzelnen Tagesordnungspunkten rechtzeitig vorgelegt werden. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Der Referentenantrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 18 Uhr 30.

Bogenabfertigung 18 Uhr 40.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

353

III. Ausgabe.

Wien, am 6. November 1931.

Einjährige Lehrkurse für die der Schulpflicht entwachsene Jugend.

Auf Antrag des Stadtschulrates für Wien hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten in seiner letzten Sitzung der Abhaltung von 19 einjährigen Lehrkursen für die der Schulpflicht entwachsene Jugend im Schuljahr 1931-1932 zugestimmt. Von den 19 Kursen sind 7 Kurse gewerblich-technischer Richtung, 11 Kurse hauswirtschaftlicher Richtung und 1 Kurs literarischer Richtung.

Einsammlung der Wochenkarten der Strassenbahnen.

Die Wochenkarte, die der Fahrgast am Samstag achtlos wegwirft, enthält für die Betriebsleitung der Strassenbahnen verschiedene interessante statistische Einzelheiten. Die Strassenbahn hat daher ihre Schaffner angewiesen, diese Karten morgen, Samstag, einzusammeln. Die Direktion richtet an alle Fahrgäste das höfliche Ersuchen, ihre Wochenkarten zur Verfügung zu stellen und gelegentlich der Rückfahrt dem Schaffner des Wagens, mit dem das Fahrziel erreicht wird, gegen einen Ersatzfahrchein zu übergeben.

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Morgen, Samstag, findet um 16 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt.

Ausstellung "Wiener Frauenkunst."

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien für die Ausstellung "Wiener Frauenkunst" gewidmete Ehrenpreis ist von der Jury der Bildhauerin Hilde Leitich-Uray zuerkannt worden.

Kostplätze für Lehrlinge.

Wer Lehrlinge gegen Bezahlung in Kost und Quartier nehmen will, möge dies der Kinderübernahmestelle Wien, IX., Lustkandlgasse 50, bekanntgeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

354

Wien, am 7. Nov. 1931.

Die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien.

Feierliche Eröffnung durch Bürgermeister Seitz.

Heute vormittags wurde die neue Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. Bei der Eröffnungsfeier hatten sich unter anderem die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Richter und Professor Dr. Tandler, Präsident Glöckel, Landtagspräsident Hellmann, in Vertretung des Bundesministers für soziale Verwaltung der Leiter des Volksgesundheitsamtes Dr. Scherer, der Dekan der medizinischen Fakultät Professor Grassberger, der Präsident des Obersten Sanitätsrates Professor Eiselsberg, der Präsident des Wiener Landessanitätsrates Professor Durig, der Vorstand des Radium-Institutes (Kupelwieser-Stiftung) Professor Stefan Meyer, Präsident der Arbeiterkammer Weigl, Nationalrat Paul Richter, die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung, Oberstadtphysikus Dr. Gegenbauer, die Direktoren der grossen Wiener Krankenhäuser, die Primärärzte des Krankenhauses der Stadt Wien, der Präsident der Aerztekammer Hofrat Dr. Thenen, der Präsident der wirtschaftlichen Organisation der Aerzte Wiens Dr. Petco, die leitenden Beamten des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien und andere eingefunden.

Stadtrat Professor Dr. Tandler hiess die erschienenen Gäste herzlich willkommen. "Bei dem neuen Werk, das hier erstanden ist," sagte Professor Tandler, "handelt es sich um eine Institution, die den unglücklichsten unter den unglücklichen Kranken gewidmet ist. Die feierliche Eröffnung dieser Institution soll nicht mehr sein als eine Anerkennung für die Arbeit der Menschen, die sich um das neue Werk Monate hindurch bemüht haben. Die Bemühungen zur Heilung des Carcinoms sind uralte; im Laufe der Geschichte sind verschiedene Mittel versucht, erprobt und zum Teile auch verworfen worden. Wenn heute neben der Chirurgie die Leistungen der Radiologie und des Radiums ganz besonders in den Vordergrund gerückt sind, so musste das für eine bevölkerungspolitisch und humanitär richtig geleitete Gemeinde Anlass genug sein, ein Institut, das dieser Behandlungsmethode dient, auszubauen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich lange mit dem Gedanken der Schaffung eines grossen Institutes für Strahlentherapie beschäftigt. Vor Jahresfrist ist es uns nun gelungen, ein so grosses Quantum Radium zu erwerben, das die Grundlage für die Errichtung der Sonderabteilung bot. Mit grosser Freude, aber keineswegs mit ungetrübter Freude, möchte ich hier sagen, dass wir der traurigen Ueberzeugung sind, dass es der Gemeinde nicht so bald wieder gelingen wird, eine so grosse Tat auf dem Gebiete der Krankenfürsorge zu setzen. Die Wirtschaftskrise und die Not der Zeit werden uns daran hindern. Trotzdem sind wir der Ueberzeugung, dass die Aufgaben, die mit der Gründung des neuen Institutes und mit dem Ankauf von 5 Gramm Radium verbunden sind, eine Kapitalsanlage darstellen, die sich ganz ausgezeichnet verzinsen wird. Wir wollen an dieser Stätte nicht nur Kranke, die zu uns kommen, behandeln, sondern die Institution entsprechend ausbauen und sie eingliedern in den grossen Fürsorgeapparat unserer Stadt. Wir sind der Meinung, dass der Mensch, nachdem er operiert oder behandelt wurde, wohl aufgehört hat, ein Fall zu sein, trotzdem aber Beobachtungsobjekt seiner Aerzte bleiben muss; wir sind der Meinung, dass zur individuellen Therapie eine allgemeine Bekämpfung jener Krankheiten gehört, die erfahrungsgemäss Massenerkrankungen sind. Und so wie wir die Fürsorge bei der Tuberkulose geschaffen haben, so glauben wir auch, eine solche Fürsorge beim Carcinom schaffen zu müssen. Der Fortschritt der Krebstherapie

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 7. November 1931.

hat uns gezeigt, dass die Krebskrankheit heilbar ist. Ich bin überzeugt, dass jetzt der Augenblick gekommen ist, in dem wir den Patienten wenigstens vorsichtig die Diagnose mitteilen können, da wir ihnen sagen können, dass sie eine Krankheit haben, die heilbar ist. Die Erklärung, dass ein Patient an Krebs erkrankt ist, bedeutet für ihn nicht mehr ein Todesurteil."

Professor Tandler stellte dann die Organisation der gesamten Krebsfürsorge, wie sie von der Gemeinde aufgebaut werden soll, eingehend dar. Er besprach dabei die Schaffung einer Beratungsstelle für alle jene, die sich vom Carcinom bedroht fühlen, und die Organisation einer Untersuchungsstelle modernster Einrichtung für das Carcinom. An diese beiden Institutionen und an das Strahleninstitut soll sich noch eine Fürsorgeinstitution anschliessen, die alle an Krebs Erkrankten, die irgendwo behandelt oder operiert worden und in ihre Familie zurückgekehrt sind, befürsorgt.

"Wir geben die feierliche Erklärung ab," sagte Professor Dr. Tandler, "dass wir neidlos allen zur Verfügung stehen wollen, die sich unserer Fürsorge bedienen wollen. Nur auf dem Wege gemeinsamer Organisation ist ein wirklich erfolgreicher Kampf gegen diese furchtbare Krankheit zu führen. Ich möchte meine Rede nicht schliessen, ohne jenen zu danken, die mich selbst und meinen Aertzestab so unterstützt haben, wie es zur Errichtung eines solchen Institutes notwendig war. Ich danke darum Professor Forsell (Stockholm) und Professor Regaud (Paris); ich danke auch Professor Hohlfelder und Professor Holdhusen, die als Röntgenologen wertvollste Mitarbeit geleistet haben. Ich danke nicht zuletzt meinem Freund Professor Stefan Meyer, dem hervorragenden Wiener Physiker, dessen Rat und Mitarbeit wir so viel zu danken haben.

Wir haben den therapeutischen Kampf gegen den Krebs in breiter Form eröffnet. Keiner Art der Behandlung des Carcinoms wollen wir uns verschliessen. So hat Professor Noorden es übernommen, all das zu veranlassen, was in diesem Haus auf dem Gebiet der Diätetik zur Bekämpfung des Krebses geschehen soll. Professor Freund, der im Versorgungsheim nach seiner Methode an der Bekämpfung des Krebses arbeitet, wird uns sicherlich auch in dieser Sonderabteilung zur Verfügung stehen. Wir empfangen gerne die Mitarbeiterschaft jedes, der guten Willen ist. Was wir freilich nicht können, das ist die Ausprobung utopischer, durch keine Wissenschaft erprobter Heilmethoden. Wir müssen uns gegen das Winkeladvokamentum ^{in der Radium} Röntgentherapie wenden, das stets nur denen hilft, die sich als Helfer selbst anpreisen, und wollen nur die Methoden der Wissenschaft zur Bekämpfung der Volkskrankheit anwenden. Was in diesem Hause helfen soll, ist der Geist wahrer Menschenliebe, wirklicher Hilfsbereitschaft, wissenschaftlich fundierter Theorie und Praxis und ehrlicher Fürsorge. In diesem Sinne bitte ich alle um ihre Mitarbeit." (Lebhafter Beifall).
Dann bat Professor Dr. Tandler den Bürgermeister, die Sonderabteilung zu eröffnen.

Bürgermeister Seitz führtr in der Eröffnungsansprache aus:
"Es ist jetzt schon einige Jahre her, seit Professor Tandler den Vorschlag machte, ein Institut für Strahlentherapie zu gründen. Ich gestehe ganz offen: Käme er heute mit diesem Vorschlag, so müsste ich ihn ablehnen. Damals war aber die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Wien zwar gewiss auch sehr traurig, aber sie war mindestens doch noch so, dass man sich sagen konnte, man müsse und könne Opfer bringen, um die Wirtschaft zu beleben, man müsse gewissermassen als öffentliche Körperschaft investieren,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 7. November 1931.

um die Privatwirtschaft zu fördern. Heute ist der Stand der Finanzen und der Wirtschaft Wiens und daher auch ganz Oesterreich ein solcher, dass man leider vielfach auch diese notwendigen Investitionen nicht machen kann. Damals aber stimmte ich Professor Tandler zu, nicht nur wegen der hohen humanitären und wissenschaftlichen Bedeutung, nicht nur wegen der Menschen, die erlöst werden sollen von einer der furchtbarsten Qualen; als Bürgermeister habe ich die Pflicht, die Dinge von allen Seiten zu betrachten. Mögen Sie mich darum einen Banausen schelten, ich gestehe offen, dass ich mit der Idee des neuen Institutes als humanitären wissenschaftlichen Werkes auch eine andere Idee verband, die erst die finanzielle Berechtigung bot, ein solches Institut zu schaffen. Ich sagte mir damals, dass die kulturelle Stellung Wiens zu einem grossen Teil begründet ist in der hohen Bedeutung, die seine medizinische Schule einst hatte, in ihrem Weltruf. Diese kulturelle Stellung ist dank der geographischen Lage unserer Stadt zugleich von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Da kommt nicht allein der Fremdenverkehr in Betracht. Der Osten, der Balkan drängt nach Wien als Handels- und Wirtschaftszentrum, aber der einzelne Mensch strebt auch nach Kultur und vielfach nach Heilung; sie kamen nicht selten nach Wien wegen des internationalen Rufes unserer medizinischen Schule. Was wir für diesen Zweig der Wissenschaft investieren, ist auch eine wirtschaftliche Investition und ich freue mich, dass der Gedanke zu einer Zeit kam, da Investitionen dieser Art, wie Fremdenverkehr, Empfang von Kongressen und dergleichen, finanziell noch möglich waren. Heute hätte ich wahrscheinlich nicht mehr den Mut, zuzustimmen. Und das ist das Traurigste: die Menschheit wird aus dieser furchtbaren Krise, die ja eine Welterscheinung ist, nicht zu neuen, anderen Formen emporkommen mit schwachen, kranken und degenerierten Menschen, mit Menschen, die durch Hunger und Darben gequält und verderbt sind, die den furchtbaren Qualen grausamer Volkskrankheiten unterliegen. Es gibt auf Erden Brot genug und Aerzte und Kohle, wir bedürfen nur der Weisheit und der Kraft, die Bodenschätze zu heben, der Weisheit, die Völker und die Individuen in den einzelnen Völkern zu veranlassen, dass sie füreinander arbeiten. Millionen Menschen dürfen heute nicht arbeiten; die Folge ist, dass fast alle darben. Wir müssen uns emporarbeiten zu anderen Formen der Wirtschaft und das können wir nur, wenn ein gesundes, ein starkes Geschlecht heranreift. Das ist die Wechselwirkung: Eine gute Wirtschaft kann nur getragen werden von einem gesunden Volk und die Volksgesundheit kann nur getragen werden von einer gesunden, reichen Wirtschaft.

In einem Zukunftsroman schildert ein englischer Schriftsteller unserer Zeit vom Gesichtspunkt der Menschen in 100 oder 150 Jahren. Er lässt junge Menschen mit einander sprechen von dem Weltkrieg, der zwischen 1914 und 1918 tobte, und von den Krankheiten, die damals die Menschheit bedrängten. Und da sagt nun einer der Erzähler: 'Ja, damals gab es eine furchtbare Krankheit, ähnlich wie in früheren Jahrhunderten die Pest, ähnlich wie die Cholera; man nannte diese Krankheit Krebs. Die Menschen boten ungeheure Beträge des damals bestehenden Geldes - denn es bestand damals die kapitalistische Gesellschaftsordnung - auf, um einen Krieg zu führen; Millionen Menschen mussten in diesem Krieg als Helden sterben. Niemandem aber fiel es ein, zu sagen: Völker, warum ringt und kämpft Ihr gegeneinander, warum schliesst Ihr Euch nicht zusammen, um Euren gemeinsamen Feind zu bekämpfen, die furchtbare Volkskrankheit! Erst in späteren Jahren fanden sich Staaten, Städte und Menschen, sagt der junge Mann in dem Zukunftsroman, die ausreichend Geld opferten für das Studium dieser Volkskrankheit und für den Kampf gegen sie; erst in späteren Jahren fanden sich Helden, die sich opferten im Kampf gegen diese Krankheit.'

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 7. November 1931.

Wie wenig Helden sind doch notwendig für einen Kulturkampf, wie es der Kampf gegen den Krebs ist, im Vergleich zu den Millionen Heldenopfern des Krieges. Hoffen wir alle, dass der Romanschriftsteller recht hat, dass eine Zeit kommen wird, in der man vom Krebs spricht als einer Krankheit, die einmal war, die man erforscht und erkannt hat, für die man Heilmethoden gefunden hat und die man ganz oder doch als Massenerscheinung ausgerottet hat. Ein kleines Stück soll hier in diesem neuen Institut dazu beigetragen werden

Wir danken den Männern der Wissenschaft, die sich Verdienste um die Schaffung des Institutes erworben haben, Forsell und Regaud, Hohlfelder und Holthusen, und allen Mitarbeitern beim Aufbau des neuen Werkes. Hoffen wir, dass in der ganzen Welt die Wissenschaft gegen diese furchtbare Krankheit aufgerufen wird! Hoffen wir, dass im Volk und in allen Völkern der Erde der ernste Wille entstehe, einen Generalangriff zu führen! Wir Wiener wollen unser bescheiden Teil dazu beitragen.

Professor Tandler hat davon gesprochen, dass das neue Institut im Geiste der Humanität, im Geiste der Menschenliebe geleitet werden sollte. Ich weiss- und das sei das Wort des Dankes aller Wiener an Professor Tandler-, dass das neue Institut geführt werden wird im Geiste Tandlers. Ich danke auch allen, die Professor Tandler zur Seite gestanden sind, dem hervorragenden Physiker Professor Stephan Meyer, Obersenatsrat Hofer, dem Leiter der Magistrats-Abteilung für die Wohlfahrtsanstalten, Direktor Hofrat Dr. Baumgarten, unserem unermüdlichen Leiter dieses Krankenhauses, Professor Noorden, Dozenten Primararzt Schönbauer, Primararzt Schönfeld und dem Physiker Dr. Urbach, nicht zuletzt dem Professor Freund. Mögen Hunderte und Tausende ^{hier} Heilung finden, mögen hier Menschen, die gequält sind von der unbegründeten Sorge, dass sie an Krebs leiden, hier Aerzte finden, mit denen sie sprechen können und die sie von ihrer Psychose befreien, mögen die wirklich Kranken hier Heilung finden. Die Anstalt soll allen dienen; dem, der fürchtet, dem Carcinom zu verfallen, und allen, die an Carcinom leiden. Die Stadt Wien wird dieses Institut immer als eines der wichtigsten unserer Stadt behandeln. Hoffen wir, dass es uns in gemeinsamem Zusammenwirken gelingt, diese neue Heilstätte zu einem Mittelpunkt bedeutender, gemeinsamer, ganz Europa umfassender Kulturarbeit zu machen. In diesem Geiste sei die neue Sonderabteilung für Strahlentherapie eröffnet." (Brausender Beifall).

Nach der Eröffnungsfeier besichtigte der Bürgermeister und die Festgäste unter der Führung des Direktors Dr. Baumgarten, der Primärärzte Dozent Dr. Schönbauer und Dr. Schönfeld und des Physikers Dr. Urbach die neue Sonderabteilung und alle ihre Einrichtungen.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Fahrpreis der Strassenbahn und Stadtbahn am Staatsfeiertag.

Am Staatsfeiertag (12. November) gilt auf der Strassenbahn und auf der Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Jugendfürsorgefahrtscheine, Schüleranweisungen und Schülerfreikarten haben keine Gültigkeit. Der Autobusverkehr ist an diesem Tage eingestellt. Die Beförderung von Hunden auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist während des ganzen Tages zulässig

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

355

Wien, am 9. November 1931.

Der Verwaltungsgerichtshof verhängt eine Mutwillensstrafe über einen Rechtsanwalt.

Ueber den Wiener Rechtsanwalt Dr. Hans Gürtler war vom Wiener Magistrat eine Geldstrafe in der Höhe von 50 Schilling verhängt worden, weil er das Abgabekennzeichen für sein Auto im Jahre 1929 verspätet gelöst hatte. Die Wiener Landesregierung, die der Rechtsanwalt in einer Berufung angerufen hatte, bestätigte das Straferkenntnis in der Schuldfrage, setzte jedoch die Strafe mit Rücksicht auf die geringe Verspätung auf 25 Schilling herab.

Gegen diesen Berufungsbescheid brachte Dr. Gürtler die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ein. In der Beschwerde behauptete er vor allem die Unzuständigkeit der Landesregierung, weil nach Art. 11, Abs. 5, des Bundes-Verfassungsgesetzes Verwaltungsstrafsenate zur Rechtsprechung über Verwaltungsübertretungen in oberster Instanz berufen seien. An dieser Verfassungsbestimmung ändere es auch nichts, dass das angekündigte Bundesgesetz bis heute nicht erschienen sei. Ferner wendete der Beschwerdeführer ein, dass eine Uebertretung nicht vorliege; eine solche wäre nur bei Verwendung eines nicht amtlich zugewiesenen Abgabekennzeichens gegeben. Uebrigens verpflichtet das Gesetz nicht den Kraftwageneigentümer, das Abgabekennzeichen zu lösen, sondern den Magistrat, bei Entrichtung der Abgabe das Kennzeichen auszufolgen. Der Chauffeur habe den Auftrag gehabt, das Kennzeichen zu besorgen, und habe dies auch wiederholt versucht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde in der vor kurzem stattgefundenen Verhandlung, zu der Dr. Gürtler nicht erschienen war, als unbegründet abgewiesen und über den Beschwerdeführer eine Mutwillensstrafe in der Höhe von 50 Schilling verhängt. Der Gerichtshof führte in der Begründung des Urteiles aus, dass mit Rücksicht auf Art. II. § 7 und § 20, Abs. 2, der Verfassungsübergangsnovelle vom Jahre 1929 der Beschwerdepunkt, dass die Landesregierung zur Entscheidung über die Berufung Dr. Gürtlers unzuständig gewesen sei, haltlos sei. Ebenso unbegründet sei der zweite Beschwerdepunkt; das Kraftwagenabgabegesetz verpflichte im § 8 den Kraftwageneigentümer, das Abgabekennzeichen "zu lösen". Jedes Zuwiderhandeln gegen ein solches Gebot sei eine Ordnungswidrigkeit. Wenn der Beschwerdeführer mit der Erfüllung dieser gesetzlichen **Pflicht seinen** Chauffeur betraut habe, so hafte er dennoch für das Verschulden, das schon bei Fahrlässigkeit gegeben sei.

Die Mutwillensstrafe verhängte der Gerichtshof, weil er zur Ueberzeugung kam, dass dem Beschwerdeführer als Rechtsanwalt die Grundlosigkeit seiner Beschwerde bekannt sein musste.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Franz und Katharina Chlupac, Adolf und Rosa Hirschensohn, Johann und Theresia Kral, Karl und Therese Rotter und Eduard David und Kathi Schönthal das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführenden Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ein neuer Kurs an der Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 16. November ein Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum, der 6 Wochen dauern wird. Der Kurs wird an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 16 bis 18 Uhr in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, stattfinden. Auskünfte und Anmeldungen bei der Schulleitung, Telefon B 25.4.19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

356

II. Ausgabe.

Wien, am 9. November 1931.

Ein Opfer seines Berufes.

Heute abends ereignete sich in der Landes Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" ein trauriger Unfall, der einem braven und wohlverdienten Oberpfleger das Leben kostete. Im Pavillon 24 der Männerpflegeanstalt ist seit langer Zeit der im Jahre 1909 geborene Epileptiker Pomberger untergebracht. Er führt sich meistens ruhig auf und wurde sogar in der Arbeitstherapie verwendet. Nur zeitweilig queruliert er und ist aufgeregt. Heute nachmittags beschuldigte er seine Mitpfleglinge, ihm zwei Stück Zucker weggenommen zu haben. Die Versuche der Pfleger, ihn zu beruhigen, schienen einen gewissen Erfolg zu haben. Plötzlich ergriff Pomberger einen im Tagraum befindlichen Sessel und ging damit auf ~~einen~~ Pflegling los. Dem Wärter und den anderen Pfleglingen gelang es, ihm den Sessel zu entwenden. Da Pomberger immer aufgeregter wurde, ordnete der Oberpfleger Paul Nademplenski die Ueberführung des Patienten in den Krankensaal an. Man brachte mit Hilfe herbeigeeilter Pfleger den Tobenden in den anstossenden Krankensaal und legte ihn ins Gitterbett, nachdem man ihm noch die Schuhe vorschriftsmässig ausgezogen hatte. Noch bevor das Gitterbett geschlossen werden konnte, gab der Tobende plötzlich dem neben dem Bett stehenden Oberpfleger Nademplenski einen Fusstritt in die Magengegend. Der Getroffene stürzte zusammen und starb trotz allen Wiederbelebungsversuchen, die der sofort herbeigerufene Arzt und die anwesenden Pfleger anstellten. Nademplenski, das bedauernswerte Opfer, war ein allgemein beliebter, äusserst umsichtiger und humaner Oberpfleger, der seit dem Jahre 1908 am Steinhof diente. Die gerichtliche Anzeige über den Vorfall wurde vorschriftsmässig sofort erstattet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

357

Wien, am 10. November 1931.

Ein Wettsteinpark in Wien.

Benennung der Gartenanlage an der Oberen Donaustrasse nach Professor Dr. Richard Wettstein.

An der Oberen Donaustrasse in der Leopoldstadt wurde an Stelle des ehemaligen Steinlagerplatzes eine Gartenanlage geschaffen, die noch keinen Namen erhalten hat. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese neue Gartenanlage nach dem kürzlich verstorbenen Universitätsprofessor Dr. Richard Wettstein "Wettsteinpark" zu benennen. Professor Dr. Wettstein hat sich als hervorragender Forscher auf dem Gebiete der Botanik internationalen Ruf erworben. Er ist auch vom Gemeinderat in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete der Wissenschaft im März 1931 zum Bürger der Stadt Wien ernannt worden. Professor Wettstein war auch Rektor der Wiener Universität und Mitglied der bedeutendsten wissenschaftlichen Körperschaften, so der Akademien der Wissenschaften in Wien, Berlin, München und Stockholm; er wirkte auch als Direktor des botanischen Institutes in Wien. Der Text der Erläuterungstafel für den neuen Wettsteinpark wird lauten: "Dr. Richard Wettstein (1863 - 1931), österreichischer Botaniker".

Bekanntlich ist in der Gartenanlage an der Oberen Donaustrasse, die nun den Namen "Wettsteinpark" erhalten hat, vor kurzem eine grosse Plastik des akademischen Bildhauers Felix Weiss "Ruf der Jugend" aufgestellt worden, die vier in jugendlichem Idealismus vorwärtsstürmende Gestalten in natürlicher Grösse darstellt.

Strassenbenennung.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, den Weg, der in Fortsetzung der Strasse "Am Kaisermühlendamm" den Hochwasserschutzdamm gegen Südwesten begleitet, gleichfalls "Am Kaisermühlendamm" zu benennen. Bisher war nämlich die Strassenbezeichnung "Am Kaisermühlendamm" lediglich für die den Hochwasserschutzdamm begleitende Strasse bis zur Gänsehüfelfgasse beschlossen; die Fortsetzung dieser Strasse war unbenannt. Nunmehr wird also der ganze Strassenzug längs des Hochwasserschutzdammes in den Bezirken Leopoldstadt und Floridsdorf die Benennung "Am Kaisermühlendamm" tragen.

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 17. November, um 1/2 5 Uhr nachmittags statt.

Ein neuer Kurs an der Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 16. November ein Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum, der 6 Wochen dauern wird. Der Kurs wird an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 16 bis 18 Uhr in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, stattfinden. Auskünfte und Anmeldungen bei der Schulleitung, Telefon B 24-5-19.

Ein neuer Diätkurs an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnt am 17. November ein dreiwöchiger Diätkochkurs. Die Kursabende werden zweimal wöchentlich stattfinden. Auskunft und Anmeldung bei der Schulleitung, Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

358

II. Ausgabe.

Wien, am 10. November 1931.

Auszahlung des Ruhegenusses an pensionierte Lehrer.

Zwei Morgenblätter schreiben heute, dass hundert pensionierte Lehrer am 1. November ihre Pension nicht bekommen hätten und sich daher in so drückender Notlage befinden, dass sogar in manchen Lehrkörpern für sie habe gesammelt werden müssen. An der ganzen Geschichte ist lediglich wahr, dass 100 Lehrer und Lehrerinnen, die im Oktober in den Ruhestand versetzt worden waren, nicht pünktlich am 1. November ihren ersten Ruhebezug erhalten haben. Im Oktober war nämlich die Abteilung des Wiener Magistrates, die die Gehalts- und Lohnverrechnung besorgt, mit der Berechnung der Abzüge, die bei allen städtischen Bediensteten wegen der Steuermassnahmen des Bundes erfolgen müssen, so beschäftigt, dass sich die Anweisung der Ruhebezüge für die erwähnten 100 Lehrer um einige Tage verzögerte. Schon am 5. November ist jedoch die Postsparkasse vom Magistrat angewiesen worden, diesen Lehrern die Ruhegenüsse auszuzahlen. Jeder dieser Lehrer hätte, wenn er zum Magistrat gekommen wäre, sofort seine Pension beheben können. Eine einfache Anfrage hätte genügt, um das festzustellen. Es liegt also nicht der mindeste Anlass zu einer Sammlung für Wiener Alt-Lehrer vor.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

759

Wien, am 11. November 1931.

Feierliche Ueberreichung des Ehrenringes der Stadt Wien an den Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft.

Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz im Rathaus dem Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, Kommerzialrat Leopold Langer, den Ehrenring der Stadt Wien, dessen Verleihung der Gemeinderat einstimmig beschlossen hatte. Bei der feierlichen Ueberreichung des Ehrenringes hatten sich ausser den Verwandten, Freunden und Mitarbeitern des Kommerzialrates Langer Vizebürgermeister Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner, Kokrda und Richter und viele andere eingefunden. In einer Ansprache feierte Bürgermeister Seitz die Tätigkeit Leopold Langers im Interesse des Kaufmannstandes und der Gesamtheit. "Präsident Langer", führte der Bürgermeister aus, "hat den grössten Teil seines Lebens der öffentlichen **Tätigkeit** gewidmet. Darum ist eine Ehrung, die ihm zuteil wird, zugleich eine Ehrung seines Standes, dem er ein langes Leben der Arbeit gewidmet hat. Was er geleistet hat, steht nicht nur in der Geschichte seines Standes geschrieben; man kann es auch an den grossen Bauwerken sehen, die zumeist seiner Arbeit zu danken sind. Ich nenne nur das Haus der Kaufmannschaft, das Krankenhaus, die Tuberkuloseheilanstalt und das jüngst geschaffene Altersheim. Auch dem Gedanken der Versicherung der selbständig Erwerbenden gegen Krankheit und Not verstand Langer den Weg zu bahnen. Der Ring mit dem Wappen der Stadt, den wir heute überreichen, ist ein Zeichen der innigsten Verbundenheit Langers mit dieser Stadt des Handels, der Industrie und der Arbeit, einer Verbundenheit durch ein Leben der Arbeit." Zum Zeichen dieser Verbundenheit und zum Zeichen der Dankbarkeit der Stadt überreichte sodann Bürgermeister Seitz dem Präsidenten Langer den Ehrenring der Stadt Wien. Präsident Langer dankte in herzlichen Worten für die Ehrung durch den Wiener Gemeinderat und durch den Bürgermeister. Er habe die Arbeit für seine Standes- und Berufsgenossen niemals als eine Last empfunden, sondern es immer als ein Glück betrachtet, für die Interessen der Kaufmannschaft wirken zu können. So nehme er auch die Auszeichnung als eine Anerkennung für die kulturelle und soziale Tätigkeit, die die Vertretung seiner Standes- und Berufsgenossen habe vollbringen können.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt in der vorigen Woche seine 50. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 577 Parteien in 70 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.292 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 28.776 Parteien in 3.199 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 144.364 Schilling bewilligt.

Freigabe der Hauptallee für den Autoverkehr.

Anlässlich der Republikfeier des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur in Oesterreich im Stadion ist der Verkehr von Benzinkraftfahrzeugen mit Ausnahme von Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen morgen, Staatsfeiertag, in der Zeit von 12 Uhr bis 19 Uhr in der Strecke vom Praterstern bis zur Meiereistrasse in der Prater-Hauptallee für die Hin- und Rückfahrt erlaubt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

360

Wien, am 13. November 1931.

Aktion "Winterhilfe".

Ausgabe von Fürsorgeblättern.

Im Rahmen der Aktion "Winterhilfe", die anfangs Dezember einsetzen wird, sollen alle Hilfsbedürftigen, die durch den Winter in besondere Notlage geraten sind, mit den notwendigsten Nahrungsmitteln (Eintopfgericht oder Lebensmittelpaket) und mit Brennmaterial versorgt werden.

Eine solche Unterstützung ist an den Nachweis eines Fürsorgeblattes gebunden. Diese Fürsorgeblätter werden von den Fürsorgeinstituten von kommenden Montag an während der Parteistunden ausgegeben werden. Anspruch auf das Fürsorgeblatt haben naturgemäss nur bedürftige Personen; Bewerber haben daher alle Personaldokumente (auch die der Kinder), den polizeilichen Meldezettel, Lohnbestätigung, Arbeitslosenkarte, Abweisungsbescheid, Abmeldeschein und allenfalls den Bescheid (nicht Postabschnitt!) über eine Unfallrente, Invalidenrente, Altersfürsorgerechte, Hausgehilfenrente, Kleinrentnerrente usw. mitzubringen.

Im Interesse der klaglosen Abfertigung haben sich die Parteien, die sich um ein Fürsorgeblatt bewerben wollen, nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgend angeführten Tagen im Fürsorgeinstitut ihres Wohnbezirkes einzufinden:

Anfangsbuchstaben	A, C, D,	Montag, den 16. November,
"	"	E, F, Dienstag, den 17. November,
"	"	B Mittwoch, den 18. November,
"	"	G, I, J, Donnerstag, den 19. November,
"	"	H, L, Freitag, den 20. November,
"	"	K, Samstag, den 21. November,
"	"	M, N, Montag, den 23. November,
"	"	O, P, Q, R, Dienstag, den 24. November,
"	"	S. St. Mittwoch, den 25. November,
"	"	Sch, Donnerstag, den 26. November,
"	"	T, U, V, X, Y, Z, Freitag, den 27. November,
"	"	W. Samstag, den 28. November.

Obdachlose Personen, die innerhalb der Frist eines Jahres einen Wohnsitz in einem Wiener Gemeindebezirk gehabt haben, erhalten das Fürsorgeblatt gegen Vorweisung der vom Obdachlosenheim ausgestellten Fürsorgekarte in jenem Fürsorgeinstitut, das auf ihrer Fürsorgekarte angegeben ist; Obdachlose, die innerhalb dieser Zeit keinen Wohnsitz in Wien hatten, erhalten das Fürsorgeblatt im Obdachlosenheim.

Personen, die einen Erhaltungsbeitrag oder Pflegebeitrag beziehen, haben das bei ihrer Vorsprache im Fürsorgeinstitut anzugeben.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass das Fürsorgeblatt lediglich als Ausweisdokument für den Fall dient, dass der Inhaber bei der amtlichen oder privaten Fürsorge eine Unterstützung aus der Aktion "Winterhilfe" in Anspruch nehmen will; ein Anspruch auf eine Unterstützung auf Grund des Fürsorgeblattes besteht nicht.

Personen, die verhindert sind, das Fürsorgeblatt innerhalb der oben angeführten Zeiten anzusprechen, können erst zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigt werden: dieser Zeitpunkt wird von den Fürsorgeinstituten verlautbart werden.

Geldunterstützungen sind im Rahmen der Aktion "Winterhilfe" ausgeschlossen.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Donnerstag, den 19. November, um 18 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

361

Wien, am 14. November 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Schneearbeiter-Vormerkkarten für ausgesteuerte Arbeitslose.

Um den ausgesteuerten Arbeitslosen den Vorzug bei der Aufnahme von Schneearbeitern sowohl beim städtischen Fuhrwerksbetrieb als auch bei den städtischen Strassenbahnen zu sichern, werden von den Arbeitslosenämtern (Arbeitsnachweisen) Vormerkkarten für Schneearbeiter ausgegeben. Diese Karten erhalten nur Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Ausgesteuerte Arbeitslose können daher bei ihrem zuständigen Arbeitslosenamt (Arbeitsnachweis) in der Zeit vom 17. November bis 7. Dezember die Ausfolgung einer Vormerkkarte für Schneearbeiter unter Vorlage der entsprechenden Belege (Meldungskarte, Abweisungsbescheid, Meldezettel usw.) verlangen. Bei der Aufnahme von Schneearbeitern selbst werden in erster Linie ausgesteuerte Arbeitslose, die die Vormerkkarte haben und Familienerhalter und seit längerer Zeit ausgesteuert sind, aufgenommen, dann ausgesteuerte Arbeitslose, die sich mit der Vormerkkarte ausweisen können, überhaupt. Nur wenn nicht genügend Schneearbeiter mit Vormerkkarten bei den Arbeiteraufnahmestellen zur Verfügung stehen sollten, werden nötigenfalls auch Schneearbeiter ohne Vormerkkarte aufgenommen werden.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Thomas und Anna Binder, Franz und Antonia Burda, Franz und Marie Hnojsky, Adolf und Maria Hornek, Isak und Netti Klein und Franz und Maria Ursprung das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Öffentlicher Rettungsdienst der Wiener Gemeindewache.

Bekanntlich hat die Wiener Gemeindewache einen öffentlichen Rettungsdienst eingerichtet, der die Aufgabe hat, bei Unglücksfällen erste Hilfe zu bieten. Nach dem nun vorgelegten Berichte hat dieser Rettungsdienst der Gemeindewache im Monat Oktober in 911 Fällen Hilfe geleistet, und zwar bei 1 Betriebsunfall, 61 Unglücksfällen, 3 Selbstmorden oder Selbstmordversuchen und 846 sonstigen Vorfällen. Dabei wurde 79 Verletzten, 353 Erkrankten und 479 sonst gefährdeten Personen Hilfe geboten.

Belastungsmessungen der städtischen Elektrizitätswerke.

Um für die Betriebsführung der Elektrizitätswerke Anhaltspunkte über die Belastung der einzelnen Kabelstränge zu gewinnen, werden die städtischen Elektrizitätswerke in der Zeit von Mitte November bis Mitte Jänner in einer Reihe von Anlagen verschiedener Art Belastungsmessungen vornehmen. Diese Messungen werden in der Weise durchgeführt, dass kurzzeitige Ablesungen der Elektrizitätszähler vorgenommen werden. Die Inhaber von Anlagen, in denen derartige Messungen stattfinden, werden hievon vorher durch die städtischen Elektrizitätswerke noch besonders schriftlich in Kenntnis gesetzt werden. Die mit den Messungen betrauten Organe sind mit Ausweiskarten mit Lichtbild versehen.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Donnerstag, den 26. November, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 14. November 1931.

Ausgabe der Fürsorgeblätter für die Aktion "Winterhilfe".

Die Aktion "Winterhilfe", die anfangs Dezember einsetzen wird, soll die Hilfsbedürftigen, die durch den Winter in besondere Notlage geraten sind, mit den notwendigsten Nahrungsmitteln (Eintopfgericht oder Lebensmittelpaket) und mit Brennmaterial versorgen. Geldunterstützungen sind ausgeschlossen.

Eine Unterstützung aus dieser Aktion kann nur erhalten, wer sich mit einem Fürsorgeblatt ausweisen kann. Diese Fürsorgeblätter werden von den Fürsorgeinstituten ab Montag, den 16. November, während der Parteistunden ausgegeben werden.

Anspruch auf das Fürsorgeblatt haben nur bedürftige Personen. Bewerber müssen sich daher mit sämtlichen Personaldokumenten, auch den Dokumenten der Kinder, dem polizeilichen Meldezettel, einer Lohnbestätigung oder Arbeitslosenkarte, einem Abweisungsbescheid, Abmeldeschein, Bescheid (nicht Postabschnitt!) über eine Unfalls-, Invaliden-, Altersfürsorge-, Hausgehilfen-, Kleinrente und ähnlichen Belegen ausweisen.

Im Interesse der klaglosen Abfertigung mögen sich die Parteien, die sich um ein Fürsorgeblatt bewerben wollen, nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgend angeführten Tagen im Fürsorgeinstitut ihres Wohnbezirkes einzufinden:

Anfangsbuchstaben	A,C,D,	Montag, den 16. November,	
"	"	E,F,	Dienstag, den 17. November,
"	"	B,	Mittwoch, den 18. November,
"	"	G,I,J,	Donnerstag, den 19. November,
"	"	H,L,	Freitag, den 20. November.
"	"	K,	Samstag, den 21. November,
"	"	M,N,	Montag, den 23. November,
"	"	O,P,Qu,R,	Dienstag, den 24. November.
"	"	S,St,	Mittwoch, den 25. November,
"	"	Sch,	Donnerstag, den 26. November.
"	"	T,U,V,X,Y,Z,	Freitag, den 27. November.
"	"	W.	Samstag, den 28. November.

Obdachlose Personen, die während eines Jahres vor der Bewerbung einen Wohnsitz in einem Wiener Gemeindebezirk gehabt haben, erhalten das Fürsorgeblatt gegen Vorweisung der vom Obdachlosenheim ausgestellten Fürsorgekarte in jenem Fürsorgeinstitut, auf das ihre Fürsorgekarte lautet; Obdachlose, die innerhalb dieser Zeit keinen Wohnsitz in Wien hatten, erhalten das Fürsorgeblatt im Obdachlosenheim.

Personen, die einen Erhaltungsbeitrag oder Pflegebeitrag beziehen, haben das bei ihrer Vorsprache im Fürsorgeinstitut anzugeben.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass das Fürsorgeblatt keinen Anspruch auf Fürsorge gibt, sondern lediglich als Ausweisedokument für den Fall dient, dass der Inhaber bei der amtlichen oder privaten Fürsorge eine Unterstützung aus der Aktion "Winterhilfe" in Anspruch nehmen will.

Personen, die verhindert sind, das Fürsorgeblatt innerhalb der oben angeführten Zeiten anzusprechen, können erst zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigt werden; dieser Zeitpunkt wird in den Fürsorgeinstituten verlautbart werden.

Kostplätze für Lehrlinge.

Wer Lehrlinge gegen Bezahlung in Kost und Quartier nehmen will, möge dies der Kinderübernahmestelle Wien, IX., Lustkandlgasse 50 bekanntgeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

362

Wien, am 16. November 1931.

100.000 Schilling-Spende der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für die Aktion "Winterhilfe".

Der Vollzugausschuss der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Aktion "Winterhilfe" den Betrag von 100.000 Schilling zu widmen. Die erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung für die Gewährung dieser namhaften Spende ist bereits erteilt worden. Die Spende wird daher dem Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" sofort zur Verfügung gestellt worden.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im August 1931.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, wurden im vergangenen August in Wien 2.054 Trauungen vollzogen, um 558 mehr als im Juli dieses Jahres und um 37 mehr als im August 1930. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im heurigen August 1.403, vor der politischen Behörde 336 Ehen geschlossen.

Im Berichtsmoate kamen in Wien 1.314 Säuglinge lebend zur Welt, um 25 weniger als im Juli dieses Jahres und um 117 weniger als im August 1930. Von den Lebendgeburten waren 672 Knaben und 642 Mädchen, 1.016 eheliche und 298 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 256, in Anstalten 1.058 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im heurigen August betrug 133; das sind um 1 weniger als im heurigen Juli und um 17 weniger als im August des Vorjahres.

Im vergangenen August starben in Wien 1.846 Personen, um 33 weniger als im Juli dieses Jahres, aber um 73 mehr als im August 1930. Von den Verstorbenen waren 931 männlichen und 915 weiblichen Geschlechtes. 1.710 Verstorbene gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 136 ortsfremd waren. In ihrer Wohnung starben 604 Personen, in Anstalten 1.242 Personen.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im August in Wien 85 Säuglinge im ersten Lebensjahr starben, um 10 weniger als im heurigen Juli und um 7 weniger als im August des Vorjahres. Von den im August verstorbenen Säuglingen waren 50 Knaben und 35 Mädchen. 48 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 37 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

494.822 Gasabnehmer in Wien.

Wie die Direktion der städtischen Gaswerke mitteilt, haben am 31. Oktober dieses Jahres 494.822 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen. Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 31. Oktober dieses Jahres mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen Oktober haben die städtischen Gaswerke 2.489 Gasmesser neu aufgestellt, 990 Gasmesseranlagen vergrößert und 149 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten und Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" war im Berichtsmoate ein reger; es wurden insgesamt 777 Gasgeräte und 758 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" verkauft.

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet morgen, Dienstag, um 1/2 5 Uhr nachmittags statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

763

Wien, am 17. November 1931.

Wohnhausbauten und Arbeitslosigkeit.

In welcher Masse die Wohnbautätigkeit der Gemeinde den Arbeitsmarkt befruchtet, geht aus der folgenden Feststellung hervor:

In der Woche vom 19. bis 25. Oktober waren auf den städtischen Wohnhausbauten 6.997 Arbeiter unmittelbar beschäftigt. Um die gleiche Zeit des Vorjahres waren es bloss 5.242 Arbeiter. Trotz der Ungunst der Wirtschaftslage war es der Gemeinde möglich, gerade im Herbst, zu einer Zeit, da sonst die Arbeitslosigkeit wächst, wenigstens auf dem Gebiete des Wohnhausbaues eine erhöhte Tätigkeit zu entfalten.

Das Wiener Rathaus wird von Fremden besichtigt.

Das Wiener Rathaus, das zu den schönsten Gebäuden Wiens zählt, wird natürlich auch von Fremden, die nach Wien kommen, häufig besichtigt. Die Rathausverwaltung hat darum dafür vorgesorgt, dass Besucher, die sich für das Gebäude interessieren, auch die Sitzungssäle und Festsäle unter sachkundiger Führung besichtigen können. Nach dem Berichte der Rathausverwaltung haben nun im Oktober insgesamt 417 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Von den 72 Einzelbesuchern waren 57 aus europäischen Ländern, und zwar 20 aus verschiedenen österreichischen Bundesländern, 8 aus dem Deutschen Reiche, 4 aus der Schweiz, 2 aus der Tschechoslowakei, 2 aus Ungarn, 1 aus Jugoslawien, 1 aus Frankreich, 5 aus Holland, 1 aus England, 2 aus Dänemark, 2 aus Polen, 3 aus Bulgarien und 6 aus Italien; 4 Besucher waren aus Asien nach Wien gekommen, und zwar 2 aus Syrien und 2 aus Indien; 11 Besucher stammten aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Neben Einzelbesuchern werden auch ganze Gruppen nach vorheriger Ansage durch die Sitzungssäle und Festsäle des Rathauses geführt. So haben im Monat Oktober insgesamt 11 Gruppen mit zusammen 345 Personen die Säle besichtigt. Von diesen 11 Gruppen und Reisegesellschaften waren 10 aus verschiedenen österreichischen Bundesländern und eine Gruppe aus der Tschechoslowakei.

Eine goldene Hochzeit im Krankenhaus.

Gestern feierte das Ehepaar Heinrich und Elisabeth Benda am Krankenbette der Frau in der Klinik Pal im Allgemeinen Krankenhause das Fest der goldenen Hochzeit. Die Anstaltsleitung und das Pflegepersonal gaben sich alle erdenkliche Mühe, der Feier einen würdigen Rahmen zu geben. Die nächste Umgebung des Krankenbettes wurde durch fürsorgliche und liebevolle Hände zu einem wahren Blumenhain ausgestaltet. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder und beglückwünschte das Jubelpaar. Dass die Jubilare auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken können, führte Stadtrat Linder aus, habe sicher viel dazu beigetragen, dass es ihnen gegönnt sei, den Ehrentag in Festesfreude zu erleben. Er hoffe, die Jubilarin werde bald, durch die Kunst der Anstaltsärzte wiederhergestellt, in ihr Heim zurückkehren, um an der Seite ihres Gattens noch manche schöne Tage im Kreise ihrer Familie zu erleben.

Die Städtische Versicherungsanstalt spendet 60.000 Schilling für die Aktion "Winterhilfe".

Der Verwaltungsausschuss der Wiener städtischen Versicherungsanstalt hat auf Antrag des Direktors Liebermann beschlossen, für die Aktion "Winterhilfe" 60.000 Schilling zu widmen. Von diesem Betrag sollen 10.000 Schilling für die Unterstützung Bedürftiger ausserhalb Wiens verwendet werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

364

Zweite Ausgabe.

Wien, am 17. November 1931.

Das Leichenbegängnis des Oberpflegers Nademlenski.

Gestern nachmittags fand auf dem Baumgartner Friedhof das Leichenbegängnis des Oberpflegers Paul Nademlenski statt. Nademlenski ist bekanntlich vor einigen Tagen in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" von einem Geisteskranken tödlich verletzt worden und als Opfer seines Berufes gestorben. Bei dem Leichenbegängnis hatte sich eine grosse Schar von Trauergästen eingefunden. Ausser den Angehörigen des verunglückten Oberpflegers waren die amtsführenden Stadträte Speiser und Professor Dr. Tandler, alle dienstfreien Beamten und Bediensteten der Landes-Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" unter der Führung des Direktors Dr. Mauczka, der Leiter der Magistratsabteilung für die Wohlfahrtsanstalten, Obersenatsrat Hofer, mit Beamten dieser Abteilung und zahlreiche Angehörige von Pfleglingen der Landes-Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" erschienen, um dem Verunglückten das letzte Geleite zu geben. Am Grabe sprach namens der Gemeinde Wien Stadtrat Professor Dr. Tandler; er hob die beispielgebende Pflichttreue Nademlenskis besonders hervor und hielt dem allgemein beliebten, äusserst umsichtigen und humanen Oberpfleger, der als Opfer seines Berufes gestorben war, einen warmen Nachruf. Nach Professor Dr. Tandler sprachen Direktor Dr. Mauczka, namens der Bediensteten Gemeinderat Reder und schliesslich der Priester der Landes-Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof".

.....

Sammelstellen für die " Winterhilfe "

Die Geschäftsstelle der " Winterhilfe " teilt mit, dass ab Mittwoch, den 18. November 1931 in folgenden Lokalen Sammelstellen für Kleider errichtet wurden: V., Schönbrunnerstrasse 54, XV., Gasgasse 8/10, XVIII., Theresiengasse 39. Diese Sammelstellen werden täglich, auch Samstag, von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. Eine Sammelstelle für Lebensmittel wird in den nächsten Tagen im Gebäude des Wohlfahrtsamtes, I., Rathausstrasse 9 errichtet werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

365

Wien, am 18. November 1931.

Eine öffentliche Sammlung für die Aktion "Winterhilfe" am Goldenen Sonntag.

Um der umfassenden Aktion "Winterhilfe" zu vollkommenem Erfolg zu verhelfen, ist es unbedingt notwendig, alle Mittel zu erfassen, die überhaupt der grossen Fürsorgeaktion zugute kommen können. Es soll daher am 20. Dezember, dem sogenannten Goldenen Sonntag, in Wien eine öffentliche Sammlung für die Aktion "Winterhilfe" veranstaltet werden. Dabei ist nicht bloss an eine Häusersammlung, sondern auch an eine Strassensammlung gedacht. Die Häusersammlung wird sich amtlicher Sammelbogen bedienen, die in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. Jänner in den Wiener Häusern aufgelegt sein werden; die Strassensammlung wird am 20. Dezember in den Wiener Strassen und Gassen, auf den öffentlichen Plätzen, in Gasthäusern, Kaffeehäusern und anderen öffentlichen Lokalen und bei öffentlichen Veranstaltungen in allen Wiener Gemeindebezirken durchgeführt werden. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung hat in seiner letzten Sitzung den Magistrat ermächtigt, im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle der Aktion "Winterhilfe" diese öffentliche Sammlung durchzuführen.

Das Wiener Stadion.

Am 9. November trat das Stadionkomitee, dem bekanntlich anerkannte Fachleute auf dem Gebiete des Sportes und der Bautechnik angehörten, unter dem Vorsitz des Stadtrates Professor Dr. Tandler zu seiner letzten Sitzung zusammen.

Aus dem Schlussbericht war zu ersehen, dass das Komitee und seine neun Unterausschüsse eine umfangreiche und verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen hatten. Im Laufe der 2 Baujahre wurden 110 Sitzungen abgehalten und 135 Begehungen des Baugeländes durchgeführt.

Stadtrat Professor Dr. Tandler dankte im Namen der Stadt dem Komitee und allen Mitarbeitern für ihre aus Liebe zum Sport und zu der Jugend und im Interesse der Gemeinde geleistete wertvolle Mitarbeit. Nachdem noch die Vertreter der grossen Sportverbände, Gastgeber für den Arbeiterbund "Askö", Gemeinderat Pfeiffer für den Oesterreichischen Hauptverband für Körpersport und Ministerialrat Dr. Pultar für die christliche Sportorganisation, der Gemeinde den Dank für die Errichtung des Stadions, dem Stadtrat Professor Tandler im besonderen den Dank für die Bemühungen um das Zustandekommen dieser Anlage ausgesprochen hatten, löste sich das Komitee auf.

Von den Bezirksvertretungen.

Morgen, Donnerstag, tritt die Bezirksvertretung Neubau um 18 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, den 25. November, um 17 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Aktion "Winterhilfe".

Heute wird im Amtsblatt der Stadt Wien der Ausweis über die für die Aktion "Winterhilfe" eingelaufenen Spenden veröffentlicht. Aus dem Verzeichnis geht hervor, dass bis einschliesslich 9. November insgesamt 59.178 Schilling^{an} Spenden eingelaufen sind.

Aviso für die Zeitungen!

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Aufruf des Lehrkörpers der Bundes-Lehrerinnenbildungsanstalt in der Hegelgasse zur Gründung einer "Maria-Mück-Stiftung" bei. Wir bitten recht sehr, den Aufruf in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 366
KARL HONAY

Wien, am 19. November 1931.

Geehrte Redaktion!

Amtsführender Stadtrat Hugo Breitner ersucht, zu der morgen, Freitag, 16 Uhr, in seinem Büro, Neues Rathaus (Präsidium), stattfindenden

P r e s s e k o n f e r e n z

einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zu entsenden. Stadtrat Breitner wird in dieser Pressekonferenz über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 berichten.

.....
Eröffnung eines Turmuhrenzimmers im Uhren-Museum der Stadt Wien.

Das an Raritäten und Kostbarkeiten so reiche Uhren-Museum der Stadt Wien besitzt nunmehr eine neue Sehenswürdigkeit, ein Turmuhrenzimmer. Es war eine grosse Ueberraschung für die zur zweitausendsechshundertsten Führung geladenen Besucher des Uhren-Museums, als während der üblichen Besprechung der verschiedenartigen Systeme ein bisher sorgfältig geschlossener Raum, das Turmuhrenzimmer, geöffnet wurde.

Einen recht **eigentümlichen Eindruck** machen diese meist riesigen Zeitmesser, Zeugen der Uhrentechnik und Schmiedearbeit vergangener Jahrhunderte. Man sieht das mächtige Eisenräderwerk der Turmuhr aus der Liechtenthaler Kirche, das alte Werk aus der Döblinger Pfarrkirche, die Spindelturmuhr aus Puchenstuben und Schönbühel, die Uhren aus dem alten Wiener Rathaus, dem Arsenal und aus der Schule am Hofferplatz in Wien, die Uhr des ehemaligen Bürgerversorgungshauses in der Währingerstrasse mit dem transparenten Zifferblatt, die Turmuhr der Gemeinde Traberg in Oberösterreich und viele andere. Ein Teil dieser alten, für den öffentlichen Dienst unbrauchbar gewordenen Zeitmesser ruht auf Eisenschienen, die in die Mauer eingebaut sind, ein anderer Teil auf massiven Turmuhrtischen.

Die im neuen Turmuhrenzimmer untergebrachten geschmiedeten Riesenwerke sind aber nicht die einzigen Turmuhren des Uhren-Museums der Stadt Wien.

Eine ganze Reihe historisch oder konstruktiv merkwürdiger Turmuhren sind vielmehr, um eine Ueberlastung zu vermeiden, in anderen Räumen des Museums ihrem System entsprechend untergebracht. Dazu gehören die Turmuhren aus Frauenkirchen, aus der Wiener Technik, aus Stein an der Donau und aus dem Neuen Rathaus, dann die Uhren aus Unter-Olberndorf bei Schleimbach, aus den St. Aogydier-Eisenwerken, aus Klein-Hadersdorf und aus der Feuerwehrzentrale Am Hof. Auch die Turmuhren aus Unterweissenbach in Oberösterreich, aus dem Kloster der Barmherzigen Brüder in Wien, aus dem Kahlenbergdorf bei Wien, aus Weinzierl und aus Neustift am Walde, eine Waaguhr aus der Efordinger Gegend und viele andere werden im Uhren-Museum bewahrt und gepflegt.

Während einer Radiübertragung konnte man erst vor kurzem einige dieser Uhrwerke hören. Eine Anzahl interessanter Uhren des Uhren-Museums ist auch im Tonfilm aufgenommen worden.

Führungen im Uhren-Museum der Stadt Wien, das im Hause Schulhof 2 (nicht Schulhofgasse) untergebracht ist, finden jeden Dienstag, Mittwoch und Samstag pünktlich um 10 Uhr, jeden Dienstag und Samstag **übereines auch** um 16 Uhr statt. Nach Beginn der Führung ist der Einlass gesperrt. An Sonn- und Feiertagen **ist** das Uhren-Museum geschlossen. Die Eintrittskarte in das Museum kostet für eine Person 40 Groschen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 367
KARL HONAY

Wien, am 20. November 1931.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1932.

Das Budget für das kommende Verwaltungsjahr steht unter dem Zeichen der schweren Wirtschaftskrise. Tief einschneidend sind die Abstriche, die gemacht werden mussten. Die sehr bedeutende Verschlechterung der Abgabenteilung zu Ungunsten Wiens und der allgemeine Steuerrückgang wirken zusammen. Um zu einem richtigen Vergleich zu gelangen, darf man nicht vom Voranschlag 1931 ausgehen, der schon in den letzten Monaten einer Reihe von Einschränkungen unterworfen worden ist. Ein zutreffendes Bild bietet hingegen das abgeschlossene Verwaltungsjahr 1930, für das der Rechnungsbericht bereits vorliegt. Demgegenüber sind die Unterschiede ungeheuer.

Im Jahre 1930 hat die Gemeinde an Abgabenertragsanteilen und Entschädigung für die Einhebung der Bundesabgaben tatsächlich 144,379.354 Schilling erhalten. Für 1932 werden es nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen bloss 91,765.000 Schilling sein. Bei dieser einen einzigen Post ergibt sich also eine Mindereinnahme von 52,614.000 Schilling.

Selbstverständlich leiden auch die Gemeinde- und Landesabgaben unter der furchtbaren Not. Im Jahre 1930 war der Erfolg 201,690.102 Schilling. Für 1932 rechnet der Magistrat nur mehr auf 174,185.000 Schilling. Dabei wurde aber keine pessimistische Rechnung aufgestellt. Der Erfolg der ersten 10 Monate 1931 dient als Grundlage. Trotzdem ein Fehlbetrag von 27,505.000 Schilling! Das ist also ein Gesamtrückgang an Abgabenertragsanteilen und eigenen Steuern von über 80,000.000 Schilling. Dazu kommt, dass im Verwaltungsjahre 1930 noch überdies 16 1/2 Millionen Schilling aus den Kassenbeständen für die Ausgaben herangezogen werden konnten. Angesichts der sehr knapp gewordenen Kassenbestände versagt dieses Aushilfsmittel fast gänzlich.

Nach Ausscheidung der bloss buchmässigen Durchführungsposten, die in einem eigenen Ausweis zusammengefasst sind, ergibt es sich, dass für das Jahr 1932 kassamässig wirksame Einnahmen von 374,401.000 Schilling veranschlagt sind. Die kassamässig wirksamen Ausgaben betragen 375,246.000 Schilling. Sie sind geringer als die des Jahres 1927. Der verbleibende Gebarungsabgang von rund 785.000 Schilling wird auf die Kassenbestände und Guthaben verwiesen. Im letzten Erfolgsjahr 1930 waren die kassamässig wirksamen Ausgaben 461,810.000 Schilling. Der Abstrich ist demnach Schilling 86,564.000 oder 18 3/4 Prozent.

Eine auch nur annähernd gleichmässige Kürzung der Ausgaben ist naturgemäss unmöglich. Insbesondere ist der Personalaufwand weit weniger gekürzt worden, was zu umso stärkeren Abstrichen beim Sachaufwand nötigte.

Der Ausgleich wird der Hauptsache nach durch eine starke Einschränkung der Wohnbau- und Investitionstätigkeit hergestellt. Für Wohnhausbauten wurden 1930 rund 95,083.000 Schilling verausgabt; 1932 sind 50,000.000 Schilling veranschlagt. Investitionen verschiedener Art erforderten 1930 die Summe von 30,499.000 Schilling, die 1932 auf 4,877.000 Schilling heruntersinkt. Ein sehr erheblicher Abstrich von 11,000.000 Schilling ergibt sich bei den Strassenherstellungen. So zwingend notwendig es ist, das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herzustellen, darf dies doch nicht über die damit verbundenen schweren Wirtschaftsfolgen täuschen. Tausende Arbeiter, die noch im Jahre 1930 von der Gemeinde beschäftigt worden sind, werden im Jahre 1932 feiern müssen. Die gleiche Erscheinung ist leider bei allen öffentlichen Verwaltungen und den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Monopolen zu verzeichnen. Abgesehen von dem mit jeder Vermehrung der Arbeitslosigkeit verknüpften menschlichen Elend, ist aber auch die rein fiskalische Wirkung dieser Drosselungen nicht zu übersehen. Tausende werden aus Vollverdienern zu Empfängern einer kargen Arbeitslosenunterstützung und scheiden zum

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

grössten Teil als Verbraucher aus. Bund, Länder und Gemeinden verlieren Steuern und werden gleichzeitig durch höhere Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen, Notstandsauhilfen und die gesteigerte Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen schwer belastet, so dass eigentlich als Wirkung dieser Sparmassnahmen neue Einschränkungen mit der gleichen verhängnisvollen Wirkung sich als notwendig erweisen.

Personalangelegenheiten:

In der letzten Zeit ist bekanntlich eine Regulierung der Personalbezüge erfolgt. Es drückt sich dies dahin aus, dass der Personalaufwand für 1932 Schilling 184,273.000 ausmacht, während laut Rechnungsabschluss 1930 für Personalzwecke 193,290.000 Schilling ausgegeben worden sind. Der Unterschied ist also rund 9,000.000 Schilling. Jene Mehrausgaben, die sich durch die pragmatische Vorrückung ergeben und für 1931 und 1932 zusammen etwa 3'8 Millionen Schilling ausmachen, sind im Aufwand von 184,273.000 Schilling enthalten.

Der Personalstand nach dem Stichtag vom 1. August 1931 gliedert sich in der folgenden Weise:

- 14.178 Angestellte nach der allgemeinen Dienstordnung,
- 5.838 Lehrpersonen " " " "
- 1.004 Angestellte nach der Dienstordnung der Feuerwehr,
- 1.614 Bedienstete im Kollektivvertrage,
- 2.341 Vertragsangestellte, worunter sich 1.044 Saisonarbeiter befunden haben.
- 24.975 zusammen.

Darüber hinaus sind bei der Gemeinde noch in Verwendung 284 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen-Kinderspital und 328 nebenberufliche Lehrpersonen für Fremdsprachen, Religionsunterricht etc. Dazu kommen noch 10.468 Pensionsparteien. Es ist also insgesamt ein Kreis von 36.076 Personen, die in den genannten Kategorien eingeordnet sind. Die Angestellten des einstigen Landes Niederösterreich und der Donau Regulierungskommission, zu deren Pensionskosten Wien beizutragen hat, sind nicht mitgezählt. Ebenso nicht die gesamte Angestelltenschaft der städtischen Unternehmungen.

Finanzwesen:

Die Gemeinde- und Landesabgaben und Zuschläge zu den Bundesgebühren sind für 1932 im Vergleich zu dem eingeklammerten Erfolg des Beobachtungsjahres 1930 mit den nachstehenden Erträgnissen veranschlagt:

Grundsteuer	480.000 S	(492.059 S)
Wohnbausteuer.....	35,800.000 "	(36,257.648 ")
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde.....	2,400.000 "	(2,672.733 ")
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde...	1,800.000 "	(1,168.552 ")
Fürsorgeabgabe.....	64,000.000 "	(75,865.749 ")
Lustbarkeitsabgabe.....	15,000.000 "	(15,958.478 ")
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.....	10,600.000 "	(12,385.401 ")
Fremdenzimmerabgabe.....	3,000.000 "	(4,273.861 ")
Wertzuwachsabgabe.....	7,500.000 "	(8,269.727 ")
Ankündigungsabgabe.....	900.000 "	(893.883 ")
Anzeigenabgabe.....	3,300.000 "	(3,634.427 ")
Hauspersonalabgabe.....	1,300.000 "	(1,848.749 ")
Pferdeabgabe.....	40.000 "	(46.126 ")
Hundeabgabe.....	850.000 "	(893.670 ")
Feuerversicherungsabgabe.....	3,900.000 "	(3,865.722 ")

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

Feilbietungsabgabe.....	300.000 S	(717.678 S)
Konzessionsabgabe.....	500.000 "	(495.717 ")
Verwaltungsabgabe und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens.....	1,000.000 "	(1,059.985 ")
Wasserkraftabgabe.....	4,800.000 "	(4,599.942 ")
Bierabgabe: 6 Schilling vom Hektoliter	7,800.000 "	(9,868.224 ")
Bierabgabe: 3'8 Schilling vom " "	4,900.000 "	(6,250.637 ")
Zuschlag zu den Immobiliargebühren....	2,960.000 "	(5,013.464 ")
Zuschlag zum Gebührenäquivalente.....	515.000 "	(90.333 ")
Zuschläge zu den Gebühren von Totalisa- teur- und Buchmacherwetten.....	540.000 "	(387.614 ")

Die Ausgaben für Gemeindeanleihen erfahren durch das neue Abkommen wegen der 1902er Anleihe, das am 1. Jänner 1932 in Kraft tritt, gegenüber 1930 eine Erhöhung um rund 4,500.000 Schilling auf 24,700.000 Schilling. Vom Schuldendienst entfallen auf die Hoheitsverwaltung bloss 1,571.000 Schilling oder weniger als 1/2 Prozent der gesamten Ausgaben. Die Tatsache, dass in der Nachkriegszeit keine nennenswerten Schulden aufgenommen worden sind, macht sich nun in der Zeit der grossen Einschränkung erleichtend fühlbar.

In der Finanzgruppe sind auch die Abfuhr der städtischen Unternehmungen verrechnet, die sonst gesondert ihre Rechnung legen. Gaswerk, Elektrizitätswerk und Strassenbahn werden auch im Jahre 1932 nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung geführt. Eine Abfuhr an die Gemeindekasse ist nicht in Aussicht genommen. Beim Brauhaus macht sich die Tatsache des so stark rückgängigen Bärverbrauches selbstverständlich auch im Gebarungsergebnis geltend. Dementsprechend sind als Ertrag statt der 824.000 Schilling des Jahres 1930 nur 400.000 Schilling veranschlagt. Von der städtischen Anknüpfungsunternehmung werden 116.000 Schilling erwartet. Die städtische Leichenbestattung, die bisher ihre Ueberschüsse als Reserve behalten hat, wird mit 200.000 Schilling zum Haushalte der Gemeinde beitragen.

Für Subventionen, Ehrenpensionen, Ehrenpreise sind insgesamt 827.000 Schilling vorgesehen. Es entspricht dies einer Kürzung um rund ein Drittel im Vergleich zu den tatsächlichen Aufwendungen im Jahre 1930.

Für Hebung des Fremdenverkehrs werden 1,260.000 Schilling gewidmet.

Die in früheren Jahren enthalten gewesene Post für Empfänge wurde mit Rücksicht auf die Krise gänzlich gestrichen.

Das Verwaltungsjahr 1932 wird jedenfalls freibleiben müssen von Ueberschreitungen der einzelnen Budgetposten. Demgemäss ist auch die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben nicht mehr mit 5,000.000 Schilling, sondern mit 2,000.000 Schilling für Fälle ganz unabweisbarster Art präliminiert.

Wohlfahrtswesen:

Im Jahre 1930 sind für diesen Zweig der Gemeindetätigkeit netto 100,766.000 Schilling ausgegeben worden. Darunter haben sich Investitionen von 9,646.000 Schilling befunden, so dass auf den eigentlichen Betrieb rund 91,000.000 Schilling entfallen sind. Im kommenden Jahre sind Investitionen nur ganz bescheidener Natur vorgesehen; sie betragen bloss 636.000 Schilling. Der laufende Betrieb des Wohlfahrtswesens erfordert netto rund 93,000.000 Schilling, also trotz verminderten Personalkosten noch immer mehr als 1930. Darin kommt die Wirtschaftsnot sichtbar zum Ausdruck, die ja für die Gemeinde nicht bloss eine Verminderung der Steuereinnahmen, sondern zur gleichen Zeit auch eine Erhöhung der Wohlfahrtsausgaben nach sich zieht. Alle bei den Anstalten erzielten Ersparnisse, insbesondere jene, die sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 20. November 1931.

durch die Stilllegung der Erziehungsanstalten in Meidling und Döbling, der Erholungsstätte Kreuzwiese, der Kinderheilanstalt Sulzbach-Ischl und des Erholungsheimes in Lussin Grande ergeben, werden voll aufgehoben durch die Tatsache, dass Wien zu den Notstands-aushilfen für Arbeitslose und den Kosten der Altersfürsorge um 3'6 Millionen Schilling mehr zu leisten hat als 1930. Die Geld- und Sach-aushilfen durch den Magistrat und die Fürsorge-institute sind mit Rücksicht auf die "Winterhilfe" um 1.000.000 Schilling höher veranschlagt. Unverändert bleiben der Beitrag an das Wiener Jugend-hilfswerk mit 200.000 Schilling und die Subvention an die Aktion "Lehr-linge aufs Land" mit 50.000 Schilling. Zum erstenmal erscheint in dieser Gruppe die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Bains mit einem Aufwand von rund 450.000 Schilling. Für die Kleinrentnerhilfe sind 1.833.000 Schilling vorgesehen, für Stipendien in verschiedenen Lehranstal-ten 285.000 Schilling. Die Schülerspeisung in den Schulen erfordert 2.433.000 Schilling, die Säuglingswäsche für Neugeborene 500.000 Schilling. Bei der letzteren Post wird mit Rücksicht auf die sinkende Geburtenzahl mit einer schwächeren Inanspruchnahme gerechnet.

Wohnungswesen:

Wie bereits an anderer Stelle des Berichtes hervorgehoben, sind für Wohnhausbauten im nächsten Jahr 50.600.000 Schilling in Aussicht genommen. Davon werden etwa 12'5 Millionen auf die Fertigstellung der auf Grund der Bundeswohnbauförderung begonnenen Häuser entfallen, der übrige Betrag auf den Wohnhaus- und Siedlungsbau mit Hilfe der Wohnbausteuer. Die Wohnhäuser-verwaltung veranschlagt Mietzinse von insgesamt 7.741.000 Schilling und als Ersatz für Benützung der Wäscherei- und Badeanlage 1.565.000 Schilling. Die Reserve für grössere Instandsetzungen wird eine Erhöhung um 3.706.000 Schilling erfahren.

Technische Angelegenheiten:

Für die Ausgestaltung der Wasserversorgungsanlagen sind 2.136.000 Schilling präliminiert. Für Kanalbauten 600.000 Schilling, für die Verbes-derung der Hauskehrabfuhr 100.000 Schilling. Starke Einschränkungen sind die Ausgaben für den Strassenbau unterworfen worden. Gegenüber dem Aufwand des Jahres 1930 von 17.000.000 Schilling tritt eine Verringerung um 11.000.000 Schilling auf 6.000.000 Schilling ein. Der Betrieb Wasser-versorgung schliesst mit einer Nettoeinnahme von rund 4.000.000 Schilling, ohne dass eine Erhöhung der Gebühren oder eine Einschränkung des Freiwas-sers beabsichtigt ist. Es unterbleibt lediglich die in den früheren Jahren geübte Dotierung des Reservefonds. Für die öffentliche Beleuchtung sollen auch im nächsten Jahr 750.000 Schilling aufgewendet werden. Der VII. und VIII. Bezirk sind bereits fertig ausgebaut. In allen anderen Bezirken kommen neue Strassenzüge zur Elektrifizierung.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten:

In dieser Gruppe wird das Schulwesen verrechnet. Von dem Gesamtaufwand entfallen 64.591.000 Schilling auf das Personal, 6.180.000 Schilling auf den Sachaufwand. Unter dem Sachaufwand befinden sich die unentgeltlich abgegebenen Lernmittel mit einem Erfordernis von knapp 1.000.000 Schilling. Die Lagerhäuser haben nach wie vor unter den geänderten handelspolitischen Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit zu leiden. Immerhin können die Betriebsausgaben mit Ausnahme der Wertabschreibungen und der Verzinsung der Gebarungabgänge der früheren Betriebsjahre nahezu restlos gedeckt werden. Bei den Amtserfordernissen treten die Sparmassnahmen sichtbar in

Erscheinung. Für die Nachschaffung von Amtseinrichtungsgegenständen wurden 1930 noch 441.000 Schilling verausgabt. Für das kommende Jahr sind bloss 60.000 Schilling vorgesehen. Der Stand der Dienstkraftwagen ist mit insgesamt 7 festgesetzt. Die Kosten erfahren im Vergleich zu 1930 eine Verminderung um mehr als die Hälfte und machen 154.860 Schilling aus.

Allgemeine Verkehrsangelegenheiten:

Der Personalstand der Gemeindewache wird auf 200 Mann herabgesetzt. Während für das laufende Verwaltungsjahr noch Betriebsausgaben von 4,108.000 Schilling veranschlagt wurden, macht der Gesamtaufwand für 1932 bloss 918.000 Schilling aus. Bei der Feuerwehr werden trotz Sparmassnahmen neue Geräte für 191.000 Schilling angeschafft. Für die kommenden Gemeinderatswahlen sind Ausgaben von 480.000 Schilling eingesetzt. Leider musste auch die Subvention für Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte der starken Einschränkung auf 20.000 Schilling unterworfen werden. Zur Förderung der Gegenwarts Kunst durch Ankäufe oder Ausführung von Kunstwerken stehen die Kreditreste aus den Vorjahren von 140.000 Schilling zur Verfügung.

*

In der äusseren Form unterscheidet sich der Voranschlag für 1932 wesentlich von dem vorhergegangenen. Einer Anregung des Rechnungshofes entsprechend, sind 20 Betriebszweige, die früher doppelt verrechnet worden sind, nunmehr kameral dargestellt. Auch sonst sind sehr viele Vereinfachungen bewirkt worden, die den Voranschlag übersichtlicher und zugleich auch weit weniger umfangreich machen. Die Bemühungen waren auch darauf gerichtet, die blossen Wertdurchführungen soweit als möglich zu verringern.

Der Voranschlag 1932 trägt das Gepräge der weitestgehenden Einschränkung. Als Normalbudget kann er nicht gelten, weil auch die Zeiten, die jetzt überwunden werden müssen, als abnormal anzusehen sind.

Gleichzeitig gelangen auch die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen für 1932 zur Versendung. Das Gaswerk schliesst nach Abschreibungen von den Einlagewerten im Ausmass von 10,260.000 Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 440.000 Schilling mit einem Gebarungüberschuss von 71.000 Schilling. Für Investitionen sind 7.362.000 Schilling veranschlagt, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeträgen und Kassabeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungüberschuss nach Abschreibungen von 13,935.000 Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 500.000 Schilling. Eine Rücklagepost von 4,500.000 Schilling entspricht genau dem bei der Ueberlandzentrale Ebenfurth errechneten Gebarungsabgang. Dieses infolge älterer Maschinen ungünstig arbeitende Werk muss noch bis zur Erschöpfung der Tagbaue der Braunkohlegewerkschaft Zillingdorf aufrechterhalten werden. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und R. stzahlungen aus dem Vorjahre 19,564.000 Schilling vorgesehen.

Die Strassenbahnen werden von der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur, von der wachsenden Arbeitslosigkeit fühlbar beeinflusst. Während die Einnahmen aus der Personenbeförderung von Strassenbahn und Stadtbahn im Jahre 1930 137,883.000 Schilling ausmachten, werden für 1932 nur mehr 123,715.000 Schilling erwartet, also ein Minderertrag von über 14,000.000 Schilling oder rund 10 Prozent. Im Vergleich zu den Betriebsrückgängen der deutschen Städte ist Wien noch immer gut daran, was wohl in erster Reihe auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermässigte Monatskarten, zurückzuführen ist. Der grosse Fehlbetrag hat aber zur Folge, dass die eigentlich erforderlichen Abschreibungen von 17,7 Millionen Schilling nur mit 4,2 Millionen Schilling ins Verdienen gebracht werden. An Investitionen werden die Strassenbahnen 7,169.000 Schilling verausgaben.

Das Brauhaus schliesst mit einem Gebarungüberschuss von 400.000 Schilling und präliminiert für Investitionen 800.000 Schilling.

Der Gebarungüberschuss der Leichenbestattung beträgt 212.000 Schilling, die Investitionen sind mit 98.000 Schilling vorgesehen. Die städtische Ankündigungsunternehmung erwartet einen Ueberschuss von 120.000 Schilling nach Dotierung aller notwendigen Rücklagen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 368
KARL HONAY

Wien, am 21. November 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Ringtheaterbrand.

Sammlung von Erinnerungsstücken im Feuerwehrmuseum.

Am 8. Dezember ist der fünfzigste Jahrestag eines furchtbaren Ereignisses; 50 Jahre sind vergangen, seit die Nachricht von dem verhängnisvollen Brande des Ringtheaters die ganze Welt erschütterte. Im Museum der Feuerwehr der Stadt Wien sind Erinnerungsstücke an den schrecklichen Brand aufbewahrt; so besitzt das Museum das Riesengemälde von Hoffmann "Der Brand des Ringtheaters", die Uhr einer Verunglückten, Eintrittskarten, Theaterzettel und anderes. Das Feuerwehrkommando beabsichtigt nun, die Sammlung zu erweitern; es stellt daher das Ersuchen, ihm Gegenstände, die mit dem Brande in irgendeinem Zusammenhang stehen, für das Museum zu überlassen.

Aktion "Winterhilfe".

Ausfolgung der Fürsorgeblätter und der Speiseanweisungen.

Das Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" gibt bekannt:

In der Zeit vom 23. bis 28. November sollen, wie bereits verlautbart worden ist, alle Personen, die sich um ein Fürsorgeblatt bewerben wollen, an den nachfolgend angeführten Tagen nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens im Fürsorgeinstitute ihres Wohnbezirkes während der Parteistunden erscheinen:

Buchstaben M, N,	Montag, den 23. November
" O, P, Q, R,	Dienstag, den 24. "
" S, St,	Mittwoch, den 25. "
" Sch.	Donnerstag, den 26. "
" T, U, V, X, Y, Z,	Freitag, den 27. "
" W.	Samstag, den 28. "

Mitzubringen sind: sämtliche Personaldokumente, auch die der Kinder, der polizeiliche Meldezettel, Lohnbestätigung, Arbeitslosenkarte, Abweisungsbescheid, Abmeldeschein, Bescheid (nicht Postabschnitt!) über eine Unfalls-, Invaliden-, Altersfürsorge-, Hausgehilfen-, Kleinrente und ähnliche Belege.

Am Mittwoch, den 25. November, und an den folgenden Tagen werden erstmalig Speiseanweisungen, und zwar für die erste Hälfte des Monats Dezember ausgegeben. Jene Personen, die an der Ausspeisung teilnehmen wollen und denen bereits in der Zeit vom 16. bis einschliesslich 24. November das Fürsorgeblatt ausgefolgt worden ist, haben ausser dem Fürsorgeblatt ein Personaldokument und den Meldenachweis mitzubringen.

Jene Personen, die erst am 25. November oder an einem späteren Tage das Fürsorgeblatt beheben können, müssen bei ihrer Vorsprache im Fürsorgeinstitut den Wunsch, an der Ausspeisung teilzunehmen, sofort bekanntzugeben und erhalten dann gleichzeitig mit dem Fürsorgeblatt die erste Speiseanweisung.

Namhafte Spende der Hauptanstalt für Angestelltenversicherung.

Der Vorstand der Hauptanstalt für Angestelltenversicherung hat beschlossen, für die Aktion "Winterhilfe" den Betrag von 25.000 Schilling zu widmen.

Von den Bezirkevertretungen.

Die Bezirkevertretung Innere Stadt tritt am Mittwoch, den 25. November, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Die Bezirkevertretung Favoriten hält ihre nächste Sitzung am Freitag, den 27. November um 16 Uhr ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

369

Wien, am 23. November 1931.

Tantiemen von Verwaltungsräten unterliegen der Fürsorgeabgabe.

Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Magistrat hatte der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien für die Tantiemen der Verwaltungsräte die Fürsorgeabgabe vorgeschrieben. Diese Vorschreibung war von der Abgabenberufungskommission bestätigt worden. Dagegen hatte die Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nun kürzlich die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In der Begründung des Erkenntnisses führte der Gerichtshof aus, dass die Verwaltungsräte einer Aktiengesellschaft nicht in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter zu einer der Gesellschaft zukommenden Aufgabe berufen seien. Gesellschafter seien die Aktionäre, deren Aufgabe sich in dem Rechte erschöpfe, bei der Generalversammlung mitzuwirken; Organaufgaben kommen jedoch den einzelnen Aktionären nicht zu. Der Verwaltungsrat, möge er Aktionär sein oder nicht, sei daher als fremde Arbeitskraft anzusehen. Dass die Entlohnung nur in Gewinnanteilen bestehe, sei ohne Belang; nach der Vollzugsanweisung seien auch Gewinnanteile als abgabepflichtige Beträge aufgezählt, da nach Paragraph 3 des Gesetzes über die Fürsorgeabgabe alle Bezüge der Abgabe unterliegen.

Durch dieses Erkenntnis hat der Verwaltungsgerichtshof neuerlich die Auffassung des Magistrates über die Abgabepflicht bei Verwaltungsratsantimen als richtig anerkannt.

Belastungsprobe der Marienbrücke.

Morgen, Dienstag, findet in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachmittags eine vorschriftsmässige Belastungsprobe der Marienbrücke statt. Während der Dauer der Belastungsprobe ist der Verkehr über die Brücke gesperrt. Für den Verkehr über den Donaukanal stehen die Schwedenbrücke und Salztorbrücke zur Verfügung, die zur Bewältigung des Verkehrs vollkommen genügen.

Von den Bezirksvertretungen.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet am Freitag, den 27. November, um 18 Uhr statt.

Die Bezirksvertretung Fünfhaus tritt am Donnerstag, den 3. Dezember, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Neue Kurse an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien in Fünfhaus, Sperrgasse 8-10, beginnen in der nächsten Zeit neue Nachmittags- und Abendkurse für Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, moderne Werktechniken, Frisieren und andere Gegenstände. Einschreibungen täglich von 8 bis 11 Uhr in der Schulkanzlei; Fernsprecher R 38-4-57.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

370

Wien, am 24. November 1931.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932.

Bekanntlich wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, bevor er dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird, in gemeinsamen Sitzungen des Stadtsenates und Finanzausschusses beraten. Diese gemeinsamen Sitzungen des Stadtsenates und des Finanzausschusses finden in der nächsten Woche am Montag und an den folgenden Werktagen in der Zeit von 16 Uhr bis 20 Uhr statt.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien legt den Bericht der städtischen Amtsärzte über den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im vergangenen September vor. Aus dem Berichte geht hervor, dass im September 811 Anzeigen über anzeigepflichtige Krankheiten erstattet worden sind, um 138 Anzeigen weniger als im September 1930. Von den Anzeigen betrafen 348 Scharlacherkrankungen, 305 Diphtherieerkrankungen, 31 Erkrankungen an Kinderlähmung und 68 Varizellenerkrankungen. An Scharlach waren 325 Wiener und 23 Ortsfremde, an Diphtherie 293 Wiener und 12 Ortsfremde und an Kinderlähmung 24 Wiener und 7 Ortsfremde erkrankt. Gegenüber September 1930 ist die Zahl der Scharlachanzeigen um 25 Prozent, die Zahl der Diphtherieanzeigen um 12 Prozent zurückgegangen. Ausserdem sind im Berichtsmonate 27 Anzeigen über Bauchtyphuserkrankungen, 7 Anzeigen über Paratyphuserkrankungen und 6 Anzeigen über Ruhrerkrankungen erstattet worden. An Bauchtyphus waren 12 Wiener und 15 Ortsfremde, an Paratyphus 3 Wiener und 4 Ortsfremde und an Ruhr 4 Wiener und 2 Ortsfremde erkrankt.

Gestorben sind im vergangenen September in Wien 1.822 Menschen, von denen 127 ortsfremd waren. Als Todesursachen sind in 404 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 295 Fällen bösartige Neubildungen, in 220 Fällen Tuberkulose aller Art und in 179 Fällen Krankheiten der Nerven- und Sinnesorgane gemeldet worden. 140 Anzeigen haben als Todesursachen Atemkrankheiten und 102 Anzeigen Krankheiten der Verdauungsorgane angegeben. Nach den Todesfallanzeigen sind im Berichtsmonate 132 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben.

Von den Bezirksvertretungen.

Morgen, Mittwoch, findet um 17 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund statt.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt ebenfalls morgen, Mittwoch, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am Freitag, den 27. November, um 18 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

371

Wien, am 25. November 1931

28 goldene Hochzeiten in einer Woche.

Die Zahl der Jubelpaare steigt von Jahr zu Jahr.-Bisher bereits 293 goldene Hochzeiten und 10 diamantene Hochzeiten im Jahre 1931.

Schon im vorigen Jahre wurde festgestellt, dass die Zahl der goldenen Hochzeiten gegenüber den Vorjahren beträchtlich angestiegen war, ist doch im Jahre 1930 die Ehrengabe der Gemeinde Wien 249 Jubelpaaren von denen 238 die goldene und 11 die diamantene Hochzeit feierten, überreicht worden. Sicherlich hängt dieses Ansteigen der Zahl der goldenen Hochzeiten mit der in den letzten Jahren beobachteten Steigerung der durchschnittlichen Lebensdauer der Menschen zusammen; die Verbesserung der Wohnkultur, die Fortschritte auf dem Gebiete der Hygiene und der Ausbau der umfassenden Fürsorgeeinrichtungen in Wien haben daran zweifellos grossen Anteil. Heuer zeigt sich nun ein noch stärkeres Ansteigen der Zahl der Jubelpaare.

In der vergangenen Woche hat amtsführender Stadtrat Julius Linder in Vertretung des Bürgermeisters 28 Jubelpaare zur Feier der goldenen Hochzeit beglückwünscht und ihnen die Ehrengabe der Gemeinde Wien überreicht. Bis zum 22. November sind mit diesen 28 Jubelpaaren im heurigen Jahre nicht weniger als 293 goldene und 10 diamantene Hochzeiter von der Gemeinde Wien geehrt worden.

Besonders erfreulich ist, dass die Jubelpaare fast durchwegs rüstig sind; mancher goldene Hochzeiter steht noch im Berufsleben. Viele, die körperlich und geistig vollkommen frisch sind, zwingt die furchtbare wirtschaftliche Lage zur Arbeitslosigkeit.

Die Feiern der goldenen und diamantenen Hochzeiten werden natürlich von Kindern, Enkeln und Verwandten, aber auch von Nachbarn, Bekannten und Freunden herzlich gefeiert. In jenen Fällen, in denen vollkommen alleinstehende Jubelpaare ihre goldene Hochzeit feierten, liessen es sich die Mitbewohner des Hauses meist nicht nehmen, dem Jubelpaar liebevoll eine kleine Feier zu bereiten und an der Ueberreichung der Ehrengeschenke teilzunehmen. Es sind schlichte, aber würdige, meist sehr herzliche Feiern, die die goldenen Hochzeitspaare ehren und erfreuen; sie gipfeln in einer herzlichen Ansprache und in der Ueberreichung der Ehrengabe der Gemeinde Wien durch den amtsführenden Stadtrat Linder. Für viele Jubelpaare bedeuten die Ehrengaben der Gemeinde Wien, ein Diplom und eine Geldspende, nicht nur eine Ehrung, sondern auch willkommene und dankbar angenommene materielle Hilfe. Dies zeigt auch der innige Dank der Jubelpaare an Stadtrat Linder.

*

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Heinrich und Elisabeth Benda, Franz und Leopoldine Billinger, Wenzel und Theresia Cermak, Franz und Katharina Fischer, Franz und Marie Förster, Georg und Anna Groh Josef und Anna Hlavacek, Josef und Maria Kilian, Karl und Antonia Kozak, Karl und Katharina Kühnel, Johann und Eva Kuhn, Johann und Franziska Kysela, Ludwig und Marie Maurek, Anton und Josefa Meierhofer, Josef und Katharina Mikulas, Josef und Klara Müller, Josef und Theresia Reinisch, Josef und Katharina Schierl, Karl und Maria Schleifer, Urban und Theresia Skoff, Adalbert und Marie Smolek, Alois und Theresia Stiassny, Samuel und Josefa Thern, Engelbert und Antonia Tögel, Johann und Barbara Trencsik, Josef und Magdalena Wacha, Karl und Marie Weber und Josef Maximilian und Regine Weihs das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

372

II. Ausgabe

Wien, am 25. November 1931.

Die Wiener Gemeindewohnbauten im Jahre 1932.

In einem heutigen Abendblatt wird gemeldet, dass eine Erhöhung der Wohnbausteuer geplant sei. Bekanntlich ist der Betrag für Wohnbauten im Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1932 mit 50 Millionen Schilling bestimmt, während er in den vergangenen Jahren nahezu das Doppelte ausgemacht hat. Selbstverständlich beschäftigt man sich daher mit dem Gedanken, wie auch für das Jahr 1932 eine grössere Wohnbautätigkeit sichergestellt werden könnte. Von einem Gesetzentwurf ist aber noch keine Rede. Die ganze Frage, mit der nicht einmal noch der sozialdemokratische Gemeinderatsklub befasst worden ist, wird am Samstag in einer Vertrauensmännerkonferenz der sozialdemokratischen Partei zur Erörterung gelangen, über deren Verlauf der Wiener Presse ein Bericht zugehen wird. Erst dann wird entschieden werden, zu welchem Schritt sich die Gemeinderatsmehrheit entschliesst und welche Vorlagen dem Wiener Landtag unterbreitet werden.

Änderung im Autobusverkehr.

Von morgen, Donnerstag, an wird die Autobuslinie 5 nicht mehr über die Marienbrücke, sondern in beiden Fahrtrichtungen über die Schwedenbrücke geführt. Die Zonengrenze rückt daher von der Adlergasse zum Schwedenplatz.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Morgen, Donnerstag, findet um 6 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: ~~XXX~~ 373
KARL HONAY

Wien, am 26. November 1931.

Eine Hauptstrasse in Montevideo wird nach Wien benannt.

Vor kurzem hat der Stadtrat von Montevideo, der Hauptstadt der Republik Uruguay, beschlossen, eine der Hauptstrassen im Stadtviertel "Parkanlagen des Rennplatzes" nach der Stadt Wien mit dem Namen "Calle Viena" zu benennen. Bürgermeister Seitz hat den Gesandten der Republik Uruguay ersucht, der uruguayischen Regierung den Dank der Stadt Wien für diese Geste der Freundschaft zwischen beiden Nationen zu übermitteln. Schon im heurigen Frühjahr hat bekanntlich der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten den Beschluss gefasst, der hinter der Lainzer Kirche gegen Süden zur Versorgungsheimstrasse in Hietzing führenden Gasse nach der Hauptstadt der Republik Uruguay den Namen "Montevideogasse" zu geben.

Der Fremdenverkehr in Wien im August,

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, haben sich im vergangenen August in Wien 56.674 Fremde aufgehalten, während im Juli des heurigen Jahres 61.645 Fremde und im August des Vorjahres 83.102 Fremde in Wien waren. Von den Fremden, die im heurigen August Wien besucht haben, waren 42.388 Ausländer und 14.286 Inländer.

347 Ausrückungen der Wiener Feuerwehr im August.

Nach den Mitteilungen der Magistrats-Abteilung für Statistik hat die Wiener städtische Berufsfeuerwehr im vergangenen August 347 Ausrückungen durchgeführt. Das sind um 61 Ausrückungen weniger als im Juli des heurigen Jahres und um 36 Ausrückungen weniger als im August 1930. Von den 347 Ausrückungen im heurigen August waren 78 Ausrückungen zu Bränden.

Neue Kurse an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, Fünfhaus, Sperrgasse 8-10, beginnen in der nächsten Zeit neue Nachmittags- und Abendkurse für Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, moderne Werktechniken, Frisieren und andere Gegenstände. Einschreibungen täglich von 8 bis 14 Uhr in der Schulkanzlei, Fernsprecher R 38-4-57.

Der Ringtheaterbrand.

Sammlung von Erinnerungsstücken im Feuerwehrmuseum.

Am 8. Dezember ist der 50. Jahrestag eines furchtbaren Ereignisses; 50 Jahre sind vergangen, seit die Nachricht von dem verhängnisvollen Brande des Ringtheaters die ganze Welt erschütterte. Im Museum der Feuerwehr sind Erinnerungsstücke an den schrecklichen Brand aufbewahrt; so besitzt das Museum das Riesengemälde von Hoffmann "Der Brand des Ringtheaters", die Uhr einer Verunglückten, Eintrittskarten, Theaterzettel und anderes. Das Feuerwehrkommando beabsichtigt nun, die Sammlung zu erweitern; es stellt daher das Ersuchen, ihm Gegenstände, die mit dem Brande in irgendeinem Zusammenhange stehen, für das Museum zu überlassen.

Von den Bezirksvertretungen.

Morgen, Freitag, tritt die Bezirksvertretung Ottakring um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Auch die Bezirksvertretung Favoriten hält morgen, Freitag, um 16 Uhr eine Plenarsitzung ab.

Die Bezirksvertretung Rudolphsheim tritt ebenfalls morgen, Freitag, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

374

Wien, am 27. November 1931.

Der Rechnungshof und das Kontrollamt über den Wiener Rechnungsabschluss

1930.

Bekanntlich ist durch die zweite Bundesverfassungsnovelle der Rechnungshof damit betraut worden, auch die Gebärung der Bundeshauptstadt Wien alljährlich einer Prüfung zu unterziehen. Der Kontrolle unterliegen auch jene von der Gemeinde betriebenen Unternehmungen, die in der Privatwirtschaft Wiens keine Konkurrenz haben, nämlich die Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen. Heuer erstattet der Rechnungshof zum zweiten Male seinen Bericht. Er ist im Sinne des Gesetzes zunächst den von der Wiener Landesregierung ernannten Beauftragten - es sind dies leitende Beamte des Magistrates und der genannten drei Unternehmungen - übermittelt worden. Die Beauftragten und auch der Direktor des Kontrollamtes der Stadt Wien sind berechtigt, Gegenäusserungen zu erstatten, die auch erfolgt sind. Gleichzeitig kommt der gewohnte Jahresbericht des Kontrollamtes über das abgelaufene Verwaltungsjahr zur Versendung. Das umfangreiche Material geht heute allen Mitgliedern des Gemeinderates zu. Der Bericht wird überdies durch 14 Tage in der Magistrats-Direktion zur allgemeinen Einsicht aufliegen.

Aus dem Berichte des Rechnungshofes seien die wichtigsten Punkte hervorgehoben:

Der Rechnungshof stellt fest, dass sich im Zuge der Kontrollbehandlung reichliche Gelegenheit zur Beobachtung ergab, dass nicht nur eine Reihe jener Vorschläge, die Gegenstand der vorjährigen Berichterstattung an den Gemeinderat bildeten, sondern auch mancherlei Anregungen, die im kurzen Wege bei der Gebärungsprüfung gegeben worden waren, von der Magistrats-Direktion und den amtsführenden Stadträten ohne Verzug zum Anlass von Verfügungen genommen wurden, die auf Ersparungen und Vereinfachungen in der Verwaltung und Verrechnung abzielten. Darin erblickt der Rechnungshof nicht nur eine Anerkennung seiner Bemühungen, die ihm gesetzlich übertragene Kontrollaufgabe im wohlverstandenen Interesse der Gemeindegewirtschaft durchzuführen, sondern es tritt auch die Bereitwilligkeit der berufenen Leiter des Gemeindehaushaltes zutage, Erfolg versprechende sachliche Anregungen in die Tat umzusetzen. Der Rechnungshof gedenkt der wertvollen Unterstützung, die er bei seiner Kontrolltätigkeit allseits gefunden hat.

Eingehend befasst sich der Rechnungshof wieder mit der Frage der zweckmässigsten Form der Verrechnung und bezieht sich dabei auf einen von der Direktion des städtischen Rechnungsamtes selbst ausgearbeiteten Vorschlag zur Neuordnung des Buchhaltungsdienstes. Dieser Vorschlag wird gegenwärtig durch das Kontrollamt überprüft. Ebensowird der Hinweis, dass eine solche Neuordnung Kräfte für eine intensivere Rechnungsprüfung freimachen würde, vollste Beachtung finden.

Bezüglich der Rücklagen, die bei einzelnen Verwaltungszweigen gemacht werden, empfiehlt der Rechnungshof schon im Hinblick auf die allgemeine Finanzlage eine Einschränkung. Aus der Antwort der Beauftragten geht hervor, dass im Jahre 1930 nur mehr Rücklagen im Gesamtbetrag von 158.000 Schilling bei der Wasserversorgung, Dampfäscherei und den Friedhöfen gebildet worden sind und dass im Verwaltungsjahr 1932 Rücklagen überhaupt nicht mehr beabsichtigt sind.

Die bei der Grundfreimachung für Wohnhausbauten entstandenen Rechtsanwaltskosten im Gesamtbetrag von rund 25.000 Schilling werden als hoc bezeichnet und darauf zurückgeführt, dass schon bei der Prozesseinleitung in der ersten Instanz die Hilfe von Rechtsanwälten in Anspruch genommen wird. Der Magistrat legt dar, dass es erfahrungsgemäss sehr häufig zum Rechtsmittel zugeht. Dann ist die Beiziehung eines Rechtsanwaltes zwingend vorgeschri-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

ben. Die österreichische Zivilprozessordnung gestattet aber kein späteres Vorbringen von neuen Tatsachen und Beweismitteln, weshalb es sich als vorteilhaft herausgestellt hat, schon von allem Anfang an die ganze Prozessführung auch in der ersten Instanz einem Rechtsanwalt zu übertragen und dadurch für den ganzen Prozess eine verantwortliche Person zu haben.

Dem Wunsche des Rechnungshofes nach einer Darstellung der durchlaufenden Gebarung wird im Wahrnehmungsberichte des Kontrollamtes entsprochen.

Personalangelegenheiten.

In dieser Gruppe nimmt die Ueberprüfung der Aufwandgebühren einen breiten Raum ein. Der Rechnungshof stellt fest, dass die Nebenbezüge nahezu 10 Prozent der Hauptbezüge ausmachen. Insbesondere wird auf das hohe Ausmass der Gebühren für Dienstreisen von städtischen Angestellten verwiesen. Der Rechnungshof stellt dabei allerdings selbst fest, dass im Zuge der Ersparungsmassnahmen bereits im Jahre 1931 Abstriche durchgeführt worden sind. Aus der Antwort der Beauftragten geht hervor, dass im Jahre 1930 Nebenbezüge von insgesamt 12,599.816 Schilling ausgewiesen sind. Es ist jedoch auf dieser Post auch eine Reihe von Ausgaben verrechnet, die nicht im landläufigen Sinne als Nebenbezug neben einem sonst geltenden Hauptbezug angesehen werden können. Das sind beispielsweise die Bezüge der provisorisch an Haupt- und Sonderschulen verwendeten Lehrpersonen; die Bezüge für die provisorische Schulleitung; die Entlohnung der provisorischen Religionslehrer; die Kosten für den Unterricht in Freigegegenständen. Ebenso sind die Heiz- und Reinigungspauschalien der Amtswarte im Betrage von 579.920 Schilling, der Aufwand für Aushilfen, Gehaltsvorschüsse und Uebersiedlungskosten, ferner die Auslagen für die Dienstkleider im Betrage von 855.425 Schilling nicht als Nebenbezüge nach der gewöhnlichen Auffassung anzusehen. Das Gleiche gilt von den Sitzungsgebühren der Gemeinderäte, von den 50.000 Schilling Entschädigung der Gemeinde an die Strassenbahn für Fahrtbegünstigungen. Die eigentlichen Nebenbezüge machen daher nicht zehn, sondern sieben Prozent der Hauptbezüge aus. Im Jahre 1932 ist die Post bereits um 3,126.037 Schilling kleiner eingesetzt. Es geht daraus hervor, dass der Einschränkung des Aufwandes an Nebenbezügen das besondere Augenmerk zugewendet wird. Kommissionen sind einer getroffenen Anordnung zufolge womöglich ^{nur} während der normalen Dienstzeit abzuhalten. Gewisse Nachmittags- und Sonntagsdienste wurden aufgelassen. Wegen der Herabminderung zu höher Ansätze bei den Reisegebühren sind Verhandlungen im Gange. Die in Rede stehenden Reiserechnungen rühre ausschliesslich von Angestellten her. Der Umstand, dass in einzelnen Fällen bei den übrigens selten vorkommenden Auslandsreisen Gebühren verrechnet wurden, die mit der Rangsklasse nicht übereinstimmen, wird aufgeklärt. So wurde beispielsweise ein Beamter zum Studium der Steuerverhältnisse nach Berlin entsendet, der zahlreiche Dienststellen und Behörden aufsuchen musste und dadurch höhere Wagenspesen hatte. Hingegen konnte ein Beamter der gleichen Bezugsklasse, der ebenfalls nach Berlin delegiert worden war, um an einem Kurs über Gasschutz teilzunehmen, mit einem niedrigeren Tagespauschale auskommen. Andere Unterschiede ergeben sich auch durch das Reiseziel. Eine Fahrt zum Studium von technischen Neuerungen auf der Leipziger-Messe war mit Rücksicht auf die verhältnismässig hohen Hotelpreise zur Messezeit mit gesteigerten Aufwandgebühren verknüpft. Ueber den ganzen Gebührenkomplex wird schon seit langer Zeit mit fortschreitendem Erfolge mit den in Betracht kommenden Organisationen der Angestellten verhandelt.

Finanzwesen.

Der Rechnungshof führt aus, dass schon Ende 1930 eine Abschwächung der Wirtschaftskontunktur zu beobachten gewesen sei, was im Minderer-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

trag der Abgaben gegenüber 1929 und in einer Steigerung des Prozentsatzes der unbezahlt gebliebenen Steuervorschreibungen zum Ausdruck komme. In der Erwiderung des Magistrates wird die Tatsache der Abschwächung der Konjunktur selbstverständlich zugegeben, aber erklärend bemerkt, dass ein erheblicher Teil des Minderertrages im Vergleich zu 1929 darin begründet ist, dass vom 1. Jänner 1930 an eine ganze Reihe von Steuerermässigungen wirksam geworden ist. So bei der Lustbarkeitsabgabe, Inseraten- und Plakatabgabe, Kraftwagenabgabe, Fremdenzimmerabgabe etc. Was die Gebührenrückstände anlangt, die mit 31. Dezember 1930 Schilling 24,600.000 ausmachen, dürfe nicht daran vergessen werden, dass sie sich nicht auf ein einziges Verwaltungsjahr beziehen, sondern alle Rückstände seit Einführung der Gemeindeabgaben in sich schliessen. Daran gemessen ist der Rückstand ein verhältnismässig sehr bescheidener. Ein Ansteigen erklärt sich daraus, dass infolge der schlechteren Wirtschaftslage Stundungen entgegenkommend gewährt werden. Dem Wunsche des Rechnungshofes, bei den einzelnen Abgaben unmittelbar im Rechnungsabschluss die schliesslichen Rückstände besonders ersichtlich zu machen, wird von heuer an entsprochen werden.

Die Bemängelung einer ungleichmässigen Behandlung hinsichtlich der Fürsorgeabgabe bei Kunststellen findet dahingehend die Aufklärung, dass der Magistrat von allen Kunststellen, denen der Gemeinderat eine Subvention zubilligt, ohne Unterschied ihrer Richtung annimmt, dass sie keinen Erwerbscharakter haben, sondern nur kulturellen Zwecken dienen. Deshalb wird ihnen die Steuerfreiheit zugebilligt. Die nicht subventionierten Kunststelle hingegen werden Kartenbüros gleichgesetzt und haben die Fürsorgeabgabe zu entrichten.

Der Umstand, dass bei einzelnen Kinos die Lustbarkeitsabgabe bis auf drei Prozent herabgesetzt wurde, wiewohl das Gesetz nur eine Ermächtigung zu Ermässigungen bis auf 5 Prozent vorsieht, wird ausstellig bemerkt. Die Rechtfertigung des Magistrates lautet dahin, dass die Einführung des Tonfilmes zu grossen Investitionen gezwungen hat, wodurch bei den Kleinkinos ein besonderer Notstand entstanden sei. Im vollen Einvernehmen mit der auf dem Gebiete des Kinowesens bestehenden beiden Interessentenvereinigungen wurde einer Anzahl der allerbescheidensten Betriebe in Anwendung der Bestimmung des Lustbarkeitsabgabegesetzes über die Pauschalabgabe eine solche in der Höhe von 3 Prozent der Bemessungsgrundlage zugestanden. Die nächste sich bietende Gelegenheit einer Novellierung der Lustbarkeitsabgabe wird jedoch dazu benützt werden, um auch eine volle gesetzliche Klärung herbeizuführen.

Einzelne Fälle bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die bekanntlich in dieser Form nicht mehr besteht, bildeten den Gegenstand der Ueberprüfung. So ist es aufgefallen, dass zwei Konsumvereine hinsichtlich des Abgabesatzes verschiedenartig behandelt worden sind. Der Konsumverein mit dem höheren Umsatz hatte eine wesentlich niedrigere Abgabe zu bezahlen. Der Magistrat erwidert, dass auf Grund des geltend gewesenen Gesetzes ausschliesslich der höhere Preis oder die bessere Ausstattung oder der gebotene Komfort oder der Kreis der Kunden oder die bevorzugte Lage für die Einreihung und Bemessung massgebend gewesen sind. Hingegen ist der Umsatz unter diesen Merkmalen überhaupt nicht angeführt und konnte daher auch vom Magistrat in gar keinem Falle in Betracht gezogen werden. Die Tatsache also, dass die Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung, um die es sich hier handelt, gegenüber dem Ersten Wiener Konsumverein einen höheren Umsatz hatte, musste bei der Bemessung der Abgabe vollständig unberücksichtigt bleiben. Massgebend für die Einreihung bei beiden Unternehmungen war die bevorzugte Lage einzelner Verkaufsstellen. Es ist notorisch, führt der Magistrat aus, dass die Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung ihre Verkaufsstellen in de

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

Arbeiterbezirken hat. Es gab daher nur eine verhältnismässig kleine Anzahl von Filialen, denen das Merkmal einer bevorzugten Lage anhaftete. So unterhielt die Konsumgenossenschaft in der Inneren Stadt überhaupt keine Niederlage, während der Erste Wiener Konsumverein zur Zeit der Einreihung dort vier Filialen betrieb. Nach der Kaufkraft der Kundschaft, wobei man sich die Verhältnisse des Jahres 1924 vor Augen halten muss, war es durchaus berechtigt, für den Ersten Wiener Konsumverein einen weitaus höheren Prozentsatz zu bestimmen als für die auf die Arbeiterschaft zugeschnittene Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung. Die Konsumgenossenschaft erzielte beispielsweise 27'87 Prozent des Gesamtumsatzes durch den Verkauf von Brot und Milch. Hingegen machten diese beiden Artikel beim Ersten Wiener Konsumverein bloss 6'8 Prozent des Verkaufserlöses aus. Mit beiden Konsumvereinen wurde im Hinblick darauf, dass ihre Verkaufspreise in allen Filialen gleich sein müssen, die Vereinbarung getroffen, von der Einreihung einzelner Filialen abzusehen und die Abgabe vom Gesamtumsatz zu bemessen.

Eine andere Bemerkung bezieht sich darauf, dass bei einem Abgabepflichtigen rückwirkend die Aenderung der Bemessung erfolgt ist, um ihm die Abstattung einer Strafe leichter zu gestalten. Laut Darstellung des Magistrates ist dies bei einem Gastwirt, der seinen Betrieb in der Nachbarschaft des Nordwestbahnhofes führte, geschehen, doch wurde der von der Genossenschaft eingesetzte Ausschuss mit jeder einzelnen Phase dieser Angelegenheit beschäftigt. Der Magistrat ist ausnahmslos im Sinne der einstimmig abgegebenen Gutachten vorgegangen. Der durch die Stilllegung des Nordwestbahnhofes und einen übermässig hohen Pachtzins in Zahlungsschwierigkeiten geratene Gewerbetreibende hätte, da ein über ihn verhängter Strafbetrag uneinbringlich war, eine längere Arreststrafe verbüssen müssen. Dadurch wäre die Wiederaufrichtung seiner Existenz vollständig verhindert worden. Zur Vermeidung dessen wurde im Einvernehmen mit dem Genossenschaftsausschuss eine dementsprechende Rückwirkung der Abgabefreiheit vorgenommen und damit der Strafbetrag getilgt. Da die dem Versorgungsfonds zufließenden Strafbeträge gleichfalls in die Gemeindekasse kommen, ist eine materielle Beeinträchtigung nicht erfolgt. Der Magistrat verweist bei diesem Anlass darauf, dass es bis zum ersten Jänner 1926 möglich war, durch das dem Landeshauptmann zustehende Gnadenrecht derartige verzweifelte Fälle zu ordnen. Seit dem Inkrafttreten des Verwaltungsstrafgesetzes ist jede Milderung der einmal rechtskräftig gewordenen Strafe, auch wenn sich seither die Verhältnisse des Bestraften grundlegend verschlechtert haben, vollkommen ausgeschlossen. Es wäre daher für solche besondere Ausnahmefälle die Schaffung eines Gnadenrechtes wünschenswert.

In Bezug auf die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft wird bemängelt, dass eine Forderung der Gemeinde von rund 500.000 Schilling bestehe, die ein nicht durch Gemeinderatsbeschluss gedecktes Kreditverhältnis darstelle. Der Magistrat führt demgegenüber aus, dass auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates vom 1. Juni 1920 die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft berechtigt war, Adaptierungen in der von der Stadt Wien erworbenen Gross Enzersdorfer Kaserne vorzunehmen. Tatsächlich sind solche Arbeiten im Laufe der Jahre durchgeführt worden. Es besteht auf Bauabrechnungskonto eine ungefähr gleich hohe Gegenforderung. Gewisse Differenzen müssen noch ausgetragen werden und dann wird die Ausgleichung der beiden Rechnungen erfolgen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

Wohlfahrtswesen.

Die vom Rechnungshof erhobenen Bedenken gegen die Umwandlung des grösseren Teiles des Lainzer Versorgungsheimes in ein Spital für chronische Kranke und die damit verbundenen erhöhten Kosten entkräftet der Magistrat mit dem Hinweis, dass dafür die Krankenabteilungen in den einzelnen Versorgungshäusern aufgelassen worden sind. Dadurch wurde es möglich, im Lainzer Versorgungsheim alle notwendigen Spezialeinrichtungen zu schaffen und Spezialärzte anzustellen.

Der Rechnungshof verweist auf die grosse Zahl der Pflegerinnen und Erzieherinnen in den Waisenhäusern und Erziehungsanstalten. Demgegenüber wird festgestellt, dass die Bestrebungen des Magistrates schon seit langer Zeit darauf gerichtet sind, die tatsächlich billigere Unterbringung bei Privatparteien zu bewirken. Es konnten deshalb auch die Waisenhäuser Josefstädterstrasse und Galileigasse in früheren Jahren, die Erziehungsanstalt Meidling und Döbling heuer geschlossen werden, während die Schliessung des Waisenhauses Gassergasse für 1932 in Aussicht genommen ist.

Auch die verhältnismässig hohen Verpflegskosten des Kinderheime Wilhelminenberg werden vom Rechnungshof hervorgehoben. Zur Aufklärung verweist der Magistrat darauf, dass die Natur dieser Anstalt, die der bloss vorübergehenden Unterbringung von Kindern dient, höhere Betriebsauslagen verursacht.

Wohnungswesen.

Der Rechnungshof empfiehlt im Hinblick auf die dermaligen krisenhaften Verhältnisse den Aufwand für Wohnhausbauten auf die Erträge der Wohnbausteuer einzuschränken, zumal das vom Gemeinderat beschlossene Wohnbauprogramm schon zum grossen Teile planmässig durchgeführt sei und die Lage auf dem Wohnungsmarkt doch immerhin eine gewisse Besserung erfahren habe. Die Erwiderung des Magistrates lautet dahin, dass leider die Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinde ohnehin eine Einschränkung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde zur Folge habe, was ebenso sehr wegen der dadurch bewirkten Vergrösserung der Arbeitslosigkeit wie der noch immer namhaften Wohnungsnot unerwünscht sei.

Die Bemängelung, dass der Vaterländischen Baugesellschaft für die freiwillige Räumung der ihr gerichtlich gekündigten Bauplätze eine zu hohe Ablöse bewilligt worden sei, gibt dem Magistrat Anlass, den Fall sehr eingehend klarzulegen. Die Regelung ist übrigens durch die übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Wirtschaftsangelegenheiten gutgeheissen worden.

Der Rechnungshof legt nahe, die künstlerische Ausschmückung der Wohnhausbauten möglichst einzuschränken, wenn dies auch im Hinblick auf die sonst wünschenswerte Beschäftigung der Künstler bedauerlich sei. Im Berichtsjahr 1930 wurden laut Angabe des Magistrates für Kunstwerke dieser Art 142.000 Schilling verausgabt. Im Verhältnis zu dem Bauaufwand für dieses Jahr von 95 Millionen Schilling sei dies nicht übermässig. Mitunter stehe aber auch der Anbringung einer solchen Plastik eine besondere schlichte Gestaltung der Fassade als Ersparnispost gegenüber.

Der Umstand, dass Gasherde über den voraussichtlichen Bedarf bestellt und auf Lager genommen worden seien, wodurch sich Zinsenverluste ergeben haben, findet laut der Aufklärung der Beauftragten die Begründung darin, dass die Gemeinde einem fortgesetzten Drängen nach Aufträgen ausgesetzt sei. Um nicht die vollige Stilllegung ganzer Fabriken herbeizuführen, müssten gewisse Bestellungen im vollen Bewusstsein, dass sie in dem betreffenden Zeitpunkt noch nicht erforderlich seien, mitunter doch gemacht werden.

Eingehend behandelt der Rechnungshof die Fälle der Wohnhausanlagen "Spinnerin am Kreuz" und Steigenteschgasse. Der zuständige Gemeinde-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

ratsausschuss hat sich schon früher in mehreren Sitzungen mit diesen Angelegenheiten beschäftigt und die gegebenen Aufklärungen zur Kenntnis genommen. Der Fall Steigenteschgasse hat bekanntlich auch über Anzeige des Magistrates die Staatsanwaltschaft beschäftigt, die jedoch das Verfahren einstellte.

Was die Wohnhausverwaltung anlangt, lenkt der Rechnungshof die Aufmerksamkeit des Gemeinderates darauf, dass in den eingehobenen Mieten keine Quote für Verzinsung und Amortisation enthalten sei. Die Abstandnahme von einer Verzinsung sei immerhin noch dadurch erklärbar, dass die Baukosten aus laufenden Einnahmen und nicht aus Anleihegeldern bestritten werden. Hingegen sollte doch für die sich ergebende Wertverminderung durch Einrechnung einer Amortisationsquote vorgesehen werden, weil sonst diese Bauten im Laufe der Jahrzehnte ohne Vorsorge für Ersatz zum Verschwinden kommen. Auch seien die Mietzinse in jenen Anlagen, die zu Beginn der Bautätigkeit der Gemeinde hergestellt wurden, geringer als die Hauptzinse für gleichartige Wohnungen in Althäusern. Der Magistrat erwidert, dass auch das Mietengesetz keine Verzinsung und Amortisationsquote kenne. Eine derartige Anrechnung in den städtischen Wohnhäusern müsste eine bedeutende Erhöhung der Mieten zur Folge haben. Zutreffend sei es, dass aus dem ersten Baujahre noch sehr niedrige Mietzinse bestehen. Die Festsetzung erfolgte zu einer Zeit, in der für die Althäuser bloss das 150fache des Friedenszinses geltend war. Anlässlich der seither erfolgten Aenderung des Mietengesetzes ist eine Steigerung in den bereits vorhandenen Neubauten unterblieben. Bei den jeweils hinzukommenden Objekten wird aber auf die erhöhten Mieten in den Althäusern bereits entsprechende Rücksicht genommen. Der Magistrat wird zunächst prüfen, ob die niedrigeren Mietzinse noch die volle Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten gewährleisten.

Laut Feststellung des Rechnungshofes sind die gesamten Mietzinsrückstände bei der Wohnhauserverwaltung Ende 1930 einschliesslich aller Rückstände aus dem Vorjahr rund 180.000 Schilling. Uneinbringliche Posten sollten abgeschrieben werden. Der Magistrat verweist darauf, dass die Nichtzahlung zumeist eine Folge der Arbeitslosigkeit sei. Bei Erlangung von Arbeit werde erfahrungsmässig Nachzahlung geleistet. Eine zu rasche Abschreibung könnte daher zu Verlusten führen.

Technische Angelegenheiten.

Der Rechnungshof stellt fest, dass sich im Jahre 1930 beim Personenkraftwagenbetrieb ein neuerlicher bemerkenswerter Rückgang der Fahrtkilometer zeige. Die daneben noch von Gemeindeangestellten erfolgte Benützung von Autotaxi sollte auf besondere Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Aus der Antwort des Magistrates geht hervor, dass bereits in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres in dieser Beziehung eine Minderausgabe von 16 Prozent erzielt werden konnte. Die Inanspruchnahme erfolge zumeist bei der Ueberwachung von Bauten und auch für den ärztlichen Dienst. Dem allenfalls bei einer sehr starken Einschränkung der Benützung von Autotaxi erzielten Geldersparnis stehe allerdings die weniger intensive Ausnützung der Arbeitskraft der in Betracht kommenden, zumeist hochqualifizierten Beamten gegenüber.

Der Rechnungshof empfiehlt im Interesse der möglichst ökonomischen Gestaltung des Gartenwesens, den Betrieb der sogenannten Handelsgärtnerei durch Bauschabgabe der überzähligen Gartenprodukte an Grossabnehmer zu vereinfachen. Auch sollten die im Berichtsjahr bereits vereinzelt unternommenen Versuche, die Erhaltung von Gartenanlagen an Privatgärtnereien zu übertragen und so die Gartenverwaltung in ein Begutachtungs- und Aufsichtsorgan umzuwandeln, tunlichst verallgemeinert werden. Laut Magistratesbericht besteht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

nicht die Absicht, eine Handelsgärtnerei als solche planmässig zu betreiben. Es werden nur jene Uebermengen, die sich in gewissen Jahreszeiten und auf Grund eines nicht vorhersehbaren Witterungsverlaufes ergeben, veräussert, um überzählige Pflanzen nicht vernichten zu müssen. Eine Dauerverbindung mit Grossabnehmern könnte nur auf Grund systematischer Belieferung erfolgen. Das würde zwangsläufig die Ausdehnung des Gartenbetriebes auf privatwirtschaftlichem Gebiete bewirken. Die stärkere Vergebung der Erhaltungsarbeiten von öffentlichen Gärten an Privatgärtnereien findet ihre Begrenzung in dem Umstand, dass das vorhandene Personal pragmatisiert und daher unkündbar ist.

In Bezug auf die Dampfwäscherei stellt der Rechnungshof fest, dass dieser Betrieb wirtschaftlich geführt und mit einer Leistungsfähigkeit ausgestattet ist, die über den Eigenbedarf der Gemeinde hinausgeht. Es sei daher umso bedauerlicher, dass die bisher grösste Auftraggeberin, das ist die Verwaltung der Wiener Fondskrankenanstalten mit 1. Jänner 1931 aus dem Kundenkreis der Dampfwäscherei ausgeschieden ist und diese hiedurch die Hälfte ihrer Beschäftigung verloren hat. Wie der Magistrat feststellt, wirtschaftet die Dampfwäscherei noch immer die volle Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals heraus. Die Vergabung der Wäsche der Fondskrankenanstalten an einen Privatbetrieb wurde seinerzeit auch im Gemeinderat zur Sprache gebracht.

In Bezug auf das Kanalisationswesen anerkennt der Rechnungshof die zielbewussten und erfolgreichen Bestrebungen der derzeitigen Betriebsleitung, die Kanalräumungskosten herabzudrücken.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die Gebarung der Märkte und Schlachthöfe bot, wie der Rechnungshof hervorhebt, in keiner Hinsicht Anlass zu Bemängelungen. Die Verrechnung kann, von unwesentlichen Formgebrechen abgesehen, als vorzüglich bezeichnet werden.

Der Rechnungshof regt an, eine Regelung der Lagerhäuserfrage im Einvernehmen mit allen in Betracht kommenden Faktoren ehestens anzustreben, weil die städtischen Lagerhäuser auf sich selbst gestellt wohl kaum so bald die gegenwärtigen Schwierigkeiten werden überwinden können. Wie der Magistrat mitteilt, sind Verhandlungen mit den Bundesministerien für Handel und Verkehr, sowie für Land- und Forstwirtschaft, mit der Börse für landwirtschaftliche Produkte und den Bundesbahnen im Gange. Mitglieder und Vertreter der Bundesregierung haben auch schon eine Besichtigung der Lagerhäuser vorgenommen.

Die Mindestabnahmeverpflichtung bei bestehenden Ziegellieferungsverträgen für die Jahre 1930 bis 1935 gibt dem Rechnungshof zu dem Hinweis Anlass, dass sich bei verringerter Bautätigkeit Schwierigkeiten ergeben könnten. Schon jetzt mussten gelegentlich infolge Abnahmeverzugs unverzinsliche Vorauszahlungen erfolgen. Laut Darlegung des Magistrates musste diese Verpflichtung zu einer Mindestabnahme den Werken zugestanden werden, weil angesichts der Spitzenleistungen, die durch die Bauseison bedingt sind, zeitweilig alle Werke in Anspruch genommen werden müssen. Jedes aber wollte sich zur Aufrechterhaltung des Betriebes nur entschliessen, wenn ihm doch eine bestimmte Mindestbeschäftigung verbürgt wird. Dadurch war es aber auch möglich, bei den Preisen Zugeständnisse zu erhalten. Die Abnahmeverpflichtung ist selbst bei einer Kürzung der Bautätigkeit auf die Hälfte noch keine Verlegenheit. Die Verträge wurden übrigens seinerzeit instanzmässig genehmigt.

Auch bezüglich einer bemängelten Kalkschotterlieferung wird Aufschluss dahin gegeben, dass nur scheinbar ein teurerer Offerant den Zuschlag

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

erhielt, weil Qualitätsdifferenzen vorliegen. Auch diese Lieferung wurde von dem eigens bestellten Baustoffekomitee verberaten und gutgeheissen.

Eingehend beschäftigt sich der Rechnungshof, wie schon im Vorjahre, mit der Frage der Umänderung der Verrechnung im Wirtschaftsamt. Weitestgehende Vereinfachungen werden laut Bericht des Magistrates schon vom 1. Jänner 1932 an in Kraft treten.

Gegenüber dem Hinweis, dass die Gebühren für den Fernsprechverkehr steigende Tendenz aufweisen, kann der Magistrat mitteilen, dass bereits im Jahre 1931 Sparmassnahmen mit einer Wirkung von mindestens 10.000 Schilling jährlich Platz gegriffen haben.

Im Hinblick auf die schwierige Finanzlage der Gemeinde stellt der Rechnungshof neuerlich die unterschiedslose unentgeltliche Beistellung von Lernmittel zur **Erörterung**. Nach der Auffassung des Magistrates ist dieser unterschiedslosen Beistellung keine besondere finanzielle Bedeutung beizumessen. Im Jahre 1930 sind für das Schulwesen 83,600.000 Schilling aufgewendet worden. Davon entfallen auf die unentgeltlich beigestellten Lernmittel 1,318.000 Schilling. Das sind also vom Gesamtaufwand des sonst selbstverständlich ganz unterschiedslos unentgeltlich gewährten Unterrichtes in den Volks- und Hauptschulen 1'57 Prozent. Da im Jahre 1930 die städtischen Schulen von 137.724 Kindern besucht waren, entfallen auf den Kopf 9'58 Schilling für Lernmittel. Nach den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen müsste der grösste Teil der Kinder von einer Zahlung befreit werden. Der finanzielle Erfolg wäre ein ganz bescheidener. Er steht mit dem pädagogischen Nachteil, der sich nach dem Urteil der Schulbehörden aus einer unterschiedlichen Behandlung ergebe, nicht im Einklang.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Der Rechnungshof regt an, die rein durchlaufende Verrechnung von anteiligen Kosten der Gemeindewache bei anderen Verwaltungszweigen in Zukunft entfallen zu lassen. Dem wird im Voranschlag 1932 Rechnung getragen werden.

Städtische Unternehmungen.

Dem Gaswerk wohnt laut Urteil des Rechnungshofes ein hoher Grad von Stabilität und wirtschaftlicher Selbständigkeit inne. Wie erwartet, hat sich erfreulicher Weise auf der Aktivseite infolge grösserer Zurückhaltung von Investitionen das Verhältnis zwischen Betriebsanlagen und Betriebsmitteln gegenüber 1929 zugunsten der letzteren verbessert. Die angestellte kritische Betrachtung lässt nach wie vor die Lage des Unternehmens und dessen finanzielle Führung in bestem Lichte erscheinen.

Was die öffentliche Beleuchtung anlangt, ist der Rechnungshof der Anschauung, dass nicht das Gaswerk, sondern die Gemeinde aus dem Titel der öffentlichen Verwaltung für die Kosten aufzukommen hätte. Demgegenüber stellt der Magistrat fest, dass die unentgeltliche Besorgung der öffentlichen Beleuchtung schon im Jahre 1900 vom Gemeinderat den städtischen Gaswerken auferlegt worden ist. Es stellt dies die Gegenleistung des Gaswerkes für die unentgeltliche Benützung der öffentlichen Verkehrswege der Gemeinde durch das Rohrnetz dar.

Bei den Elektrizitätswerken wird die Bewertung der Vorräte als sehr vorsichtig bezeichnet. Die Auffüllung der einzelnen Materialbestände erfolgt geflissentlich im Rahmen des voraussichtlichen Bedarfes, sodass Ueberstände im allgemeinen nicht zu verzeichnen sind.

Der im Gebarungsjahr 1930 erzielte günstige Erfolg nach einer Reihe verlustreicher Jahre ist, wie der Rechnungshof ausführt, zweifelsohne das Verdienst der neuen Geschäftsführung und ihrer finanziellen Umsicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

Auf Grund der gemachten Wahrnehmungen darf, wenn nicht ganz aussergewöhnliche Ereignisse einen Rückschlag herbeiführen, mit Zuversicht der Konsolidierung der finanziellen Lage des Unternehmens entgegengesehen werden.

Bazüglich der Strassenbahnen wird festgestellt, dass der Aufwand gegenüber 1929 sich um $9 \frac{1}{2}$ Millionen Schilling verringert hat. Die Ersparungen bei den sachlichen Aufwendungen betragen 6'2 Millionen Schilling. Beim Personalstand ist eine Verringerung um 784 Mann eingetreten. Infolge grösserer Arbeitsintensivierung hat der Aufwand an Entlohnungen für Einfahrten und Doppeltage eine wesentliche Einschränkung erfahren. Der Lagerbestand von 12'7 Millionen Schilling wird im Verhältnis zu den Jahresverbrauchsziffern noch immer als zu hoch bezeichnet. Es wird jedoch anerkannt, dass die Direktion bestrebt ist, die Lagerbestände in geeigneter Weise zu vermindern.

Der Rechnungshof wirft die Frage auf, ob der bedeutende Betrag von rund 250.000 Schilling, den die Strassenbahnen für Brandschaden und Einbruchversicherung zahlen, nicht durch Selbstversicherung, ähnlich wie bei der Haftpflicht- und Schadensversicherung, erspart werden könnte. Die Direktion weist nach, dass fast alle ausländischen Strassenbahnen nicht nach dem Grundsatz der Selbstversicherung vorgehen. Die Anregung des Rechnungshofes wurde aber dazu benützt, um eine weitgehende Begünstigung der bisher geltender Bedingungen durchzusetzen.

Sehr bemerkenswert sind die vom Rechnungshof gezogenen Vergleiche zwischen der Frequenz der Strassenbahnen in Wien, Berlin und Hamburg. Während die beiden deutschen Städte von 1929 auf 1930 einen Abfall der Fahrgäste um 21'4 Prozent zu beklagen haben, ist der Rückgang in Wien bloss 4'1 Prozent. Hingegen ist die durchschnittliche Einnahme pro Fahrgast bei den deutschen Bahnen noch immer wesentlich höher als bei der Wiener Strassenbahn. In Berlin wurden 30'5, in Dresden 30'6, in Leipzig 34'32, in Hamburg 37'03, in Wien dagegen nur 22'9 Groschen für den Fahrgast eingenommen.

Im Verhältnis der Betriebsanlagen zu den Betriebsmitteln einerseits und der eigenen Mittel zu den fremden Mitteln andererseits ist bereits eine Besserung eingetreten.

Der Rechnungshof schliesst seine Betrachtung über die Strassenbahn mit den folgenden Sätzen:

"Dass es dem Unternehmen gelungen ist, eine so erhebliche Herabdrückung des Gebarungsabganges zu erzielen, beweist in augenfälliger Weise die lebenswerte Anstregung der gegenwärtigen Geschäftsleitung, das Unternehmen auf dem Wege weitgehender Sparsamkeit und Rationalisierung einer aktiver Betriebsführung zuzuführen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass einerseits die Drosselung von sachlichen Aufwendungen im dermaligen Umfang - für Strom, Betriebsstoffe und Erhaltung der Betriebsanlagen wurden im Jahre 1930 um rund 6 Millionen Schilling weniger verausgabt wie im Vorjahre - zur Not ein oder zwei Jahre, aber nicht auf die Dauer ertragen werden kann, ohne das Unternehmen in seinem betriebsfähigen Zustande zu gefährden, und dass andererseits nach den gemachten Wahrnehmungen leider mit einem Frequenzrückgang zu rechnen ist, der befürchten lässt, dass die erzielten Ersparungen zum grössten Teil, wenn nicht überhaupt zur Gänze, durch den Einnahmefall wieder zunichte werden. Es wäre daher noch verfrüht, aus dem Ergebnis des Jahres 1930 all zu optimistische Erwartungen für die nächste Zukunft zu hegen. Immerhin verdienen die Bestrebungen und Anstrengungen der gegenwärtigen Leitung, das Unternehmen einer Gesundung zuzuführen, anerkennend hervorgehoben zu werden."

*

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONÁY

X. Blatt

Wien, am 27. November 1931.

Das Kontrollamt gibt in einem Bericht, der 86 Druckseiten umfasst, ein sehr anschauliches und eingehendes Bild seiner umfangreichen, Tag für Tag sich erneuernden Kontrolltätigkeit. Während die Erhebungen des Rechnungshofes sich auf die Nachprüfung der bereits vollzogenen Tatsachen erstrecken, steht das Kontrollamt mitten im Zuge der Gebarung und hat daher fortgesetzt Anlass, Anregungen zu geben und vielfach parallel mit der Ueberwachungstätigkeit des Magistrates auf Mängel aufmerksam zu machen. Das Wirkungsgebiet des Kontrollamtes ist ein weitergehendes als das des Rechnungshofes. Es erstreckt sich auch auf jene städtischen Einrichtungen, die mit Privatbetrieben in Wettbewerb stehen, wie etwa die Zentralsparkasse und die Versicherungsanstalt. Ferner auf alle jene gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen die Gemeinde in erheblichem Mass beteiligt ist. Auf den Bericht des Kontrollamtes wird noch gesondert zurückgekommen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

375

Wien, am 28. November 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche halten am Montag und an den folgenden Werktagen in der Zeit von 16 Uhr bis 20 Uhr der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss gemeinsame Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 beraten.

Der Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Schneearbeiter-Vormerkkarten für ausgesteuerte Arbeitslose.

Um den ausgesteuerten Arbeitslosen den Vorzug bei der Aufnahme von Schneearbeitern sowohl beim städtischen Fuhrwerksbetrieb als auch bei den städtischen Strassenbahnen zu sichern, werden von den Arbeitslosenämtern (Arbeitsnachweisen) Vormerkkarten für Schneearbeiter ausgegeben. Diese Karten erhalten nur Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Ausgesteuerte Arbeitslose können daher bei ihrem zuständigen Arbeitslosenamt (Arbeitsnachweis) bis 7. Dezember die Ausfolgung einer Vormerkkarte für Schneearbeiter unter Vorlage der entsprechenden Belege (Meldungskarte, Abweisungsbescheid, Meldezettel usw.) verlangen. Bei der Aufnahme von Schneearbeitern selbst werden in erster Linie ausgesteuerte Arbeitslose, die die Vormerkkarte haben und Familienerhalter und seit längerer Zeit ausgesteuert sind, aufgenommen, dann ausgesteuerte Arbeitslose, die sich mit der Vormerkkarte ausweisen können, überhaupt. Nur wenn nicht genügend Schneearbeiter mit Vormerkkarten bei den Arbeiteraufnahmestellen zur Verfügung stehen sollten, werden nötigenfalls auch Schneearbeiter ohne Vormerkkarte aufgenommen werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Mariahilf in dem bisher noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Mollardgasse, in Simmering auf dem Enkplatz und im Weichselstälweg und in Rudolfsheim in der Parkanlage auf dem Sechshausergürtel in Betrieb gesetzt.

Die Tätigkeit der Schlichtungsstellen im August.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, sind bei den Wiener Schlichtungsstellen im vergangenen August 1.188 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen gestellt worden. Im gleichen Monat sind 1.040 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen erledigt worden. Die im Berichtsmo- nate bewilligten Instandhaltungskosten machen 675.800 Schilling aus.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 51. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 644 Parteien in 81 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.257 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 29.420 Parteien in 3.280 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von 147.621 Schilling bewilligt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

376

Zweite Ausgabe.

Wien, am 28. November 1931.

Die Wahlen im Gremium der Wiener Kaufmannschaft.

Einige Zeitungen brachten die Mitteilung, dass eine Abordnung der Union bürgerlicher Kaufleute beim Wiener Magistrat vorgesprochen und angezeigt habe, dass der Wahlvorschlag der Union bürgerlicher Kaufleute für die Gremialwahl zu Zwecken der Wahlbeeinflussung missbraucht werde. Es seien nämlich Mitglieder einer gegnerischen Wählergruppe in den Besitz der Wahlliste gelangt und es sei der Versuch gemacht worden, die Unterfertiger des Wahlvorschlages zur Zurücksichung der Unterschriften zu veranlassen.

Tatsächlich hat gestern das Mitglied des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Dr. Karl Grienseyss, das in Begleitung eines Rechtsanwaltes und eines zweiten Gremialmitgliedes bei der zuständigen Magistrats-Abteilung erschienen war, eine solche Anzeige erstattet. Ueberdies ist auch eine ähnliche schriftliche Eingabe überreicht worden. Der Magistrat hat festgestellt, dass die als Wahlvorschlag der Union bürgerlicher Kaufleute bezeichnete Eingabe am 24. November nachmittags dem zu einer Sitzung versammelten Präsidium des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft durch einen Boten überreicht worden ist. Die Uebergabe ist durch den Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, Kommerzialrat Langer, bestätigt worden. Diese Eingabe enthält lediglich den Satz, dass die unterfertigten protokollierten Firmen für eine rein bürgerliche Liste eintreten, die von der Union bürgerlicher Kaufleute für die am 9. Dezember im Gremium der Wiener Kaufmannschaft stattfindenden Wahlen aufgestellt werde. Eine Nennung von Kandidaten ist in der Eingabe nicht erfolgt; wohl aber haben 75 Mitglieder des Gremiums die Eingabe unterschrieben. Ausser dieser Eingabe ist gleichzeitig ein als Wahlvorschlag bezeichnetes Schriftstück überreicht worden, das namens der Union bürgerlicher Kaufleute von Dr. Grienseyss gezeichnet ist. Dieses Schriftstück, das sich als "einzig offizielle, rein bürgerliche Kandidatenliste ohne Sozi und Korruptionisten" bezeichnet, enthält als einzigen Kandidaten für die Wahl des Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft und als Listenführer den Namen Dr. Karl Grienseyss, während die Ergänzung bis 2. Dezember vorbehalten wird. Nach Angabe des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft haben die Mitglieder des Präsidiums in die beiden Schriftstücke Einsicht genommen. Eine Reihe von Mitgliedern des Gremiums, die die Eingabe unterfertigt haben, habe den Präsidenten gebeten, die Unterschrift als nicht gegeben zu erachten, und verlangt, dass in der offiziellen Zeitschrift des Gremiums davon Mitteilung gemacht werde. Von einer Beeinflussung sei keine Rede.

Gebühren für die Vieh- und Fleischschau.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch ist für die Zeit vom 1. bis 31. Dezember mit 1'23 Schilling festgesetzt worden. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Eisenbahn- und Schiffstation Wiens ein- und ausgeladen werden, eingehoben.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 2., 9., 23. und 30. Dezember statt. Die Sühneverhandlungen, die im Büro des Bezirksvorstehers abgehalten werden, finden jeweils um 10 Uhr 30 vormittags statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

377

Wien, am Montag, den 30. Nov.

1931.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1932.

Der Wiener Stadtsenat trat heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 ein. Der amtsführende Stadtrat Breitner führte aus, dass mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise die Erstellung des Voranschlages ungeheuer schwierig sei. Wohl ist bei den Ansätzen schon der geringere Ertrag der letzten Monate zugrundegelegt, doch lässt es sich keineswegs voraussagen, ob die Ergebnisse nicht weit ungünstiger sein werden. Ein Budget des Zusammenbruches zu machen, sich nur dem Pessimismus hinzugeben, sei nicht zweckmässig. Wohl aber werde es sich als notwendig erweisen, die Entwicklung der Verhältnisse förmlich von Woche zu Woche sorgfältigst zu beobachten und die dementsprechenden Folgerungen ohne Zeitverlust zu ziehen. Strengste Sparsamkeit sei selbstverständlich Gebot. Die Abstriche, die bereits gemacht werden mussten, seien tief einschneidend. Die Endsummen der Einnahme- und Ausgabe-posten haben je eine Kürzung von etwa 19 Prozent erfahren. Linear konnte es naturgemäss nicht geschehen. Beim Personal ist das Ersparnis rund 6 Prozent. Beim Fürsorgewesen sind sogar Mehraufwendungen erforderlich. Dafür mussten aber die Investitionen, die Wohnhausbauten sehr stark gedrosselt werden. Ein erfreuliches Moment sei, dass der Gemeindehaushalt einen sehr bescheidenen Schuldenstand aufweise. Während die Hoheitsverwaltung des Bundes durch den Anleihendienst eine Belastung von ungefähr 14 Prozent erfahre, gebe die Gemeinde für ihren Anleihendienst bei einer Gesamtausgabepost von nahezu 400 Millionen Schilling bloss 1 1/2 Millionen Schilling aus. Von den gesamten Steuereinnahmen und Abgabenertragsanteilen von rund 260 Millionen Schilling werden für das Wohlfahrtswesen 93 1/2 Millionen Schilling oder 36 Prozent, für das Schulwesen 70 1/6 Millionen Schilling oder 27 1/2 Prozent, für den Wohnhausbau 50 Millionen Schilling oder 19 1/4 Prozent, also zusammen 82 1/5 Prozent aufgewendet. Eine solche Verteilung könne als sehr sozial bezeichnet werden.

Alle öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich, angefangen vom Bund und endend bei den kleinsten Gemeinden, müssen für sich und die von ihnen abhängigen Monopole und Betriebe die Investitionstätigkeit ungemäss kürzen. Die Folge davon kann nur eine sehr verhängnisvolle Steigerung der Arbeitslosigkeit sein. Dass es jetzt unmöglich ist, Anleihen aufzunehmen, wird übereinstimmende Meinung sein. Um nun einigermaßen der Verschärfung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die Wohnungsnot zu mildern, werde dem Landtag eine Vorlage auf Erhöhung der Wohnbausteuer zugehen. Es sei beabsichtigt, den Ertrag der Wohnbausteuer um rund 20 Millionen zu heben. Von der Erhöhung der Wohnbausteuer sollen 90 Prozent der Steuerträger nicht berührt werden. Hinsichtlich der städtischen Unternehmungen bemerkt der Berichterstatter, dass sich das Gaswerk seit Jahren in einem ausgezeichneten Zustand befindet. Die Bestellung des Direktors Menzel zum Leiter der Elektrizitätswerke hat sich als sehr zweckmässig erwiesen. Die Strassenbahn leidet unter dem überall zu verzeichnenden Verkehrsrückgang, doch hat sich auch dort der Stand gebessert. Es werden alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um die gewaltige Weltwirtschaftskrise zu überdauern. Sparwut ist die Signatur der nächsten Zukunft.

Stadtrat Kunschak stellt fest, dass der Voranschlag auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse keine Rücksicht nehme. Der Voranschlag stehe im Zeichen eines Optimismus, der fast Leichtfertigkeit genannt werden könnte. Ich verweise nur auf die Krise der Kreditanstalt, deren Auswirkungen auch heute noch nicht abgesehen werden können. Die Dinge liegen heute so, dass die Kreditanstalt-Krise nicht nur materielle, sondern auch politische Auswirkungen haben werde. Die letzten Tage beweisen zur Genüge, wie sehr Oesterreich durch die Kreditanstalts-Krise in Abhängigkeit vom Ausland geraten sei. Die Auswirkungen der Kreditanstaltskrise werden sich auch im Gemeindehaushalt bemerkbar machen. Im Voranschlag selbst seien Steuereingänge eingesetzt worden, die sicher hinter den veranschlagten Beträgen zurückbleiben werden. Die Tragik des Voranschlages ist wie in den Vorjahren wieder der Wohnhausbau, für den im Voranschlag 50 Millionen Schilling eingesetzt worden seien. Nun erfährt man, dass Sie eine Erhöhung der Wohnbausteuer planen, die ein Bruttoergebnis von 20 Millionen Schilling bringen soll. Ich stelle fest, dass von einer Erhöhung der Wohnbausteuer im Sinne der Beschlüsse der sozialdemokratischen Vertrauensmänner keine Rede sein könne. Sie werden damit bei uns auf den heftigsten Widerstand stossen. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte St. R. Kunschak, dass die Minderheit auch den Voranschlag für 1932 ablehne.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 30. November 1931.

Stadtrat Dr. Alma Motzko bemerkt, dass die Steuerpolitik der Gemeinde auf das gesamte Wirtschaftsleben die ruinösesten Auswirkungen habe. In der Fürsorge werde noch immer an der Bürokratisierung festgehalten, wodurch bedeutende Beträge für lange Zeit immobilisiert werden. Bei der Besprechung der Ausgabenwirtschaft im Fürsorgewesen bemerkt die Rednerin, dass bei der Tuberkulosefürsorge ganz bedeutende Abstriche gemacht worden seien. Die Ersparungen betragen rund 1'5 Millionen Schilling. Derartige Ersparnisse auf dem Gebiete der Tuberkulosefürsorge seien in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not unmöglich. Sehr bedauerlich sei auch die Kürzung der Post für Subventionen; dadurch werde besonders die private Fürsorge betroffen. Der Versuch, auf Kosten der "Winterhilfe" Ersparungen in der Fürsorge zu erzielen, müsse die schärfste Kritik finden.

Vizebürgermeister Hoss erklärt unter anderem, dass es die vornehmste Pflicht aller öffentlichen Faktoren sei, in der heutigen Zeit auf die Steuerträger die grösstmögliche Rücksicht zu nehmen. Industrie und Gewerbe seien tief verschuldet, nur die Gemeinde Wien habe einen ganz geringen Schuldenstand. Das beweise, dass auf die Steuerträger der härteste Druck ausgeübt werde. Die Bewegung in der Fürsorgeausgabe zeige, wie schwer sich die Wirtschaftskrise auswirke. Auf solche Verhältnisse müsse doch im Gemeindehaushalt unbedingt Rücksicht genommen werden. Die Anträge der Minderheit werden nach wie vor von der Mehrheit nicht beachtet, weshalb auch der Veranschlag für 1932 nicht die Genehmigung der Minderheit finden könne.

Gemeinderat Krammer bespricht ausführlich die Steuerpolitik der Gemeinde, wobei er betont, dass eine solche Steuerpolitik in letzter Linie immer nur die Arbeiter, Angestellten, Fixbesoldeten und Konsumenten treffe. Eine derartige Steuerpolitik müsse unbedingt abgelehnt werden. Im Veranschlag seien Umgruppierungen vorgenommen und viele Posten zusammengezogen worden. Trotzdem sei in vielen Fällen den Vorschlägen und Wünschen des Rechnungshofes nicht Rechnung getragen worden. Das sei ein Uebelstand, der zu Unklarheiten führen müsse.

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Breitner auf die Bemerkung des St. R. Kunschak, der Veranschlag sei geradezu mit Leichtfertigkeit erstellt worden, dass von einer leichtfertigen Aufstellung des Veranschlagtes unter keinen Umständen gesprochen werden könne. Wenn auch mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise die Erstellung des Veranschlagtes ungeheuer schwierig gewesen sei, sei trotzdem mit äusserster Gewissenhaftigkeit vorgegangen worden.

Damit ist die Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II abgeschlossen; die Positionen der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen werden genehmigt.

Nächste Sitzung morgen, Dienstag, 16 Uhr.

Kartenverkauf durch Schulkinder.

Dem Stadtschulrat wurde zur Kenntnis gebracht, dass Kinder zugunsten einer von einem Verein zu veranstaltenden Weihnachtsfeier bei Geschäftsleuten und ohnparteien Eintrittskarten zum Kauf anbieten und im Falle der Ablehnung Spenden erbitten, die die Kinder selbst einkassieren. Da jede Heranziehung von Kindern zu solchen Gelügeschäften völlig unpädagogisch ist und die Moral der die Gelder kontrollos einkassierenden Kinder unter Umständen schwer gefährdet werden kann, ersucht der Stadtschulrat, derartige Bestrebungen in keiner Weise zu unterstützen.